

Preis: € 3,00 (AT), 71. Jahrgang | Erscheinungsort: Wien, Österreichische Post AG, MZ 02Z030510 M | ACADEMIA, Lerchenfelder Str. 14, 1080 Wien

# Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.



4

Katholisch und sozial –  
die KSOE neu denken

8

Bildungsnotstand  
in der Hauptstadt?

26

Türkei:  
Drogen und Politik

## 100 JAHRE ZWEISAMKEIT

Südtirols doppelte Identität



Österreichischer Cartellverband  
05 | 2020 (September)



## 100 JAHRE GETEILTE ZWEISAMKEIT

### Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

**4**

### KATHOLISCH UND SOZIAL KSÖE SUCHT NEUEN KURS

Rudolf Mitlöhner

**18**

### 100 JAHRE SÜDTIROLFRAGE UND EIN GUTES ENDE

Michael Gehler

**26**

### DROGEN UND POLITIK IN DER TÜRKEI VON HEUTE

Walter Posch

**38**

### „IN ALLEN GUTEN STUNDEN ...

Lucas Semmelmeier

**8**

### FAIRE CHANCEN FÜR DIE WIENER JUGEND

Wilhelm Ortmayr

**21**

### DAS „PAKET“ MAGNA CHARTA DER SÜDTIROLER

Walter Obwexer

**29**

### DIE QUARANTÄNE SCHRECKGESPENST UND NOTWENDIGES ÜBEL

Gottfried Forsthuber

**41**

### DER MOHR HAT SEINE SCHULDIGKEIT GETAN

Gerhard Hartmann

**12**

### 100 JAHRE SÜDTIROL BEI ITALIEN

Die Redaktion

**24**

### SÜDTIROL ANDERS BETRACHTET

Gregor Gatscher-Riedl

**32**

### SCHULE UND CORONA: „WIR SCHAFF(T)EN DAS!“

Matthias Hofer

**42**

### DIE GEDANKEN SIND NOCH FREI – ABER NICHT IN UNGARN

Karl A. Schultes

**13**

### DER ETHNISCHE PROPORZ ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Manfred Ebner

**25**

### BURSCHE HERAUS?

Herbert Kaspar

**34**

### „SELBSTVERSORGUNG MUSS STAATZIEL WERDEN“

Wilhelm Ortmayr

**44**

### REZENSIONEN

**46**

### LESERBRIEFE

# LIEBE LESER!

Covid-19, Phase 4. Die Lockerungen und die sommerliche Hetz' sind vorbei, Österreich ampelt sich gleich dem lieben Augustin mit einem herzhaften „wird schon gut gehen“ durch den Corona-Herbst und hofft, das Christkind möge eine Impfung bringen. In diesen Zeiten tut es gut, der Causa Prima nicht das ganze Heft zu widmen, sondern auch andere Themen ins Blickfeld zu rücken.

Südtirol ist seit 100 Jahren Teil Italiens. Im Herbst 1920 wurde die Einverleibung ins Königreich rechtskräftig, für die Südtiroler begannen wechselvolle Jahre, zumal in den Zeiten des Faschismus. Letztendlich, und darum geht es im Schwerpunktthema dieser ACADEMIA, wurde aus dem „Armenhaus“ mit den tiefen Gräben zwischen den Volksgruppen eine Erfolgsgeschichte des friedlichen Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Prosperität.

Wie es dazu kommen konnte, und warum Südtirol für viele von uns auch heute noch ein Herzensthema ist, beleuchten vier namhafte Autoren auf insgesamt 13 Seiten.

An den Beginn des Heftes haben wir bewusst ein Kirchenthema gestellt, das durchaus mehr mediale Beachtung verdient hätte: Für die ACADEMIA macht sich der katholische Publizist Rudolf Mitlöhner Gedanken, wie Österreichs Bischöfe die „Katholische Sozialakademie“ neu orientieren könnten. Nämlich breiter, offener, gedanklich kreativer.

Hochkarätig widmet sich Turkologe und Islamkundler Walter Posch (Alp) den brisanten Verknüpfungen zwischen der Drogenmafia und den allerhöchsten politischen Kreisen in der Türkei. Dabei lohnt es sich – auch um aktuelle Zusammenhänge in Wien zu verstehen – die

Langversion des Artikels auf unserer Internetseite zu lesen.

Die Wien-Wahl steht vor der Tür. Im ACADEMIA-Interview ortet Harald Zierfuß (Baj) der Jugendkandidat der ÖVP, massives Versagen der rot-grünen Schulpolitik in der Bundeshauptstadt. Mit verheerenden Folgen für eine ganze Generation.

Politisch nähert sich das Heft auf dem Thema Covid an: „Selbstversorgung muss Staatsziel werden“ fordert Paul Nemecek (BLW), der Direktor des Nö.-Bauernbundes, die ersten Lehren aus dem Lockdown ziehend. Positiv konnotiert tut selbiges AHS-Lehrervertreter Matthias Hofer (Alp), in dem er seiner Kollegenschaft und dem System Schule ein gutes Zeugnis für die Leistungen im Distanzbetrieb ausstellt. Was in Sachen Virus noch auf uns zukommen könnte umreißt Rechtsanwalt Gottfried



Forsthuber (V-B), ehe sich Lucas Semmelmeier (Rt-D) in launiger Manier, aber mit gewohnt feiner Klinge der Frage widmet, wie lange wir als Gemeinschaftswesen es noch aushalten werden, auf unsere gewohnten Gruppenerlebnisse zu verzichten beziehungsweise sie als potenzielle Gefahr wahrzunehmen.

Angenehmes Lesevergnügen wünscht

**Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)**  
Chefredakteur

## Academia Ausgabe 5/2020 (September).

**Medieninhaber:** Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

**Chefredakteur:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann.

**Layout:** Stephanie Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Maximilian Bähr.

**Adresse (alle):** Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22-31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

**Reproduktion/Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

**Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben):** ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay, privat. **Cover:** Stephanie Seiler.

**Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lipka, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23.

Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

**Hinweise:** Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen.

Redaktionell abgeschlossen am 10.9.2020.

# KATHOLISCH UND SOZIAL AUF DER SUCHE NACH BREITEREM DISKURS

Auch wenn der Wunsch der Bischöfe, die Katholische Sozialakademie neu auszurichten, eher materiell als inhaltlich motiviert ist, sollte sich die Kirche um einen Richtungsstreit nicht herumdrücken. Vielleicht entsteht dadurch eine Plattform, die die großen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen unserer Zeit etwas weiter denkt als bisher.

RUDOLF MITLÖHNER



Der Anfang Juli bekannt gewordene Plan der Bischofskonferenz, die Katholische Sozialakademie Österreichs (KSOE) neu aufzustellen, hat innerkirchlich erhebliche Irritationen ausgelöst, wenngleich die Causa außerhalb kirchlicher Mili-eus eher nur am Rande registriert worden sein dürfte.

Die Bischöfe sprechen von einem vorwiegend ökonomischen Notwendigkeiten geschuldeten „inhaltlichen und strukturellen Relaunch“, die KSOE und ihr nahestehende Institutionen und Personen vermuten, dass da eine unliebsame – weil kritische, „linke“ – Einrichtung abgedreht werden soll.

Letztere Erklärung klingt indes nicht wirklich plausibel. Gewiss vertritt die KSOE prononciert linke Positionen insbesondere in ihrem angestammten Themenbereich, also in soziökonomischen Fragen: für mehr Staat, Umverteilung, „sozialen Ausgleich“ etc. Damit liegt sie freilich ziemlich im derzeiti-

gen kirchlichen Mainstream, der in diesem Pontifikat gleichsam auch von der Kirchengipfel als weltkirchlich sanktioniert gelten kann. Wer ein wenig die Stellungnahmen und Aussendungen kirchenoffizieller Stellen vom Papst abwärts verfolgt, wird feststellen, dass es hier einen ziemlichen Gleichklang gibt.





Auch wenn vielleicht nicht jeder Bischof jenem in Rom dessen Satz „Diese Wirtschaft tötet“ nachsprechen würde, so ist doch ein globalisierungskritischer, anti-kapitalistischer Grundton unüberhörbar. Marktwirtschaftsfreundliche Leistung, Wettbewerb und Unternehmertum wertschätzende Überzeugungen sind hingegen heute mehr denn je als dissenting vote in der Kirche zu klassifizieren.

### **GELDNOT ZWINGT ZU NEUEN STRUKTUREN**

Auch ein da und dort unterstellter parteipolitischer Hintergrund ist kaum anzunehmen. Warum sollten die Bischöfe aus Rücksicht auf eine behauptete Nähe zur ÖVP die KSOE „neu aufstellen“ - wo es doch in wesentlichen politischen Fragen (mit Ausnahme von Teilen der Gesellschafts- und Bildungspolitik) weit mehr Überschneidungen zu Grünen und auch Sozialdemokraten gibt?

Man tut sich also schwer zu glauben, dass die Bischöfe, deren Aussagen weitgehend auf Linie der KSOE liegen, dieser aus inhaltlichen Gründen den Garaus machen wollen. Gewiss, in anderen Fragen, etwa bei den überkommenen innerkirchlichen „heißen Eisen“, wird es mehr Dissens zwischen Bischöfen und Repräsentanten der Sozialakademie geben. Hier vertreten die Bischöfe naturgemäß zumindest tendenziell die lehramtlichen Positionen, die sich ja auch unter Papst Franziskus entgegen aller auf ihn projizierten Hoffnungen der „Reformer“ kaum verändert haben, außer dass sie zum Teil nicht mehr so hoch gehängt werden. Aber da diese Themen nicht zur Kernkompetenz der KSOE zählen und von der offiziellen Linie abweichende Meinungen auch sonst innerkirchlich weit verbreitet sind, gibt es keinen Grund, dies ausgerechnet zum casus belli gegen die Sozialakademie zu machen.

Vieles spricht also dafür, dass es doch eher um ökonomische Überlegungen geht. In Zeiten knapper werdender Mittel lassen sich auch in der Kirche bestehende Strukturen nicht einfach fortschreiben. Gerade im deutschen Sprachraum gibt es ja einen über Jahrzehnte gewachsenen, gut ausgestatteten „Funktionärskatholizismus“, der zweifellos seine Verdienste hat, aber nicht beanspruchen kann, nicht zur Disposition gestellt zu werden. Der „Relaunch“ der KSOE könnte also durchaus ein Teil jener „Entweltlichung“ der Kirche sein, von der Benedikt XVI. (Rup) bereits 2011 in seiner berühmten – und heftig diskutierten – Freiburger Rede gesprochen hat.

### **BREITERER ZUGANG WÄRE WÜNSCHENSWERT**

In der Sache selbst wäre ein Diskurs freilich lohnend, und es ist eigentlich schade, dass es bei der Debatte um die KSOE vermutlich eben nicht

um einen Richtungsstreit geht. „Wir brauchen eine Präsenz der katholischen Soziallehre in der heutigen Gesellschaft“, hat Kardinal Christoph Schönborn (Rt-D) Mitte Juli in einem Interview mit der Kooperationsredaktion der Kirchenzeitungen erklärt – und dass „ein mühsamer, gemeinsamer Prozess des Suchens nach einer neuen Identität“ für die KSOE nötig sei.

Die leitende Frage eines solchen Prozesses müsste sein, ob es jenseits der derzeit herrschenden Lesart der katholischen Soziallehre auch noch andere Zugänge gibt. Zugänge, welche nicht dem sozialistischen Prinzip folgen, wonach jede Ungleichheit Ungerechtigkeit bedeutet, sondern die in der Wohlstand, Freiheit und Sicherheit mehrenden Wirkweise marktwirtschaftlicher Systeme etwas erkennen können, was durchaus dem Geist des Evangeliums entspricht. Denn wenn es ein Grund-



missverständnis sozialistischen Denkens gibt, dann ist es eben dies: zu meinen, es könne Gleichheit auf hohem Niveau geben. Richtig aber ist, dass die Ungleichheit das Ergebnis und der Preis jener Dynamik ist, von welcher am Ende fast alle profitieren, auch und gerade die am unteren Rand, die Armen.

Diese übrigens wird es immer geben, wie es schon in einem Jesus-Wort (vgl. Mt 26,11) heißt. Und zwar nicht deswegen, weil „diese Wirtschaft tötet“ und dem sogenannten „Neoliberalismus“ nicht beizukommen wäre, sondern weil Armut ein relativer Begriff ist. Mit steigendem Wohlstand steigen auch die einschlägigen Bezugsgrößen für die Definition von Armut. Heute in unseren Breiten arm zu sein bedeutet etwas völlig anderes als Armut in früheren Jahrhunderten bzw. in einer anderen Weltgegend.

Zugespißt formuliert: gemessen an hygienischen, medizinischen Standards oder etwa bezüglich der Qualität der Lebensmittel würden wohl die allermeisten Europäer nicht einmal mit den absoluten Herrschern des 17./18. Jahrhunderts tauschen wollen.

Nein, gleichmäßig verteilten Wohlstand gibt es nicht – nur gleichmäßig verteilte Armut. Oder, wie es der deutsche Publizist Josef Joffe schon vor Jahren formulierte: Wenn es keine Verlierer gegen darf, verlieren eben am Ende alle.

### **KEINE EINÄUGIGE ARMUTSBEKÄMPFUNG**

Warum fällt es der Kirche so schwer, das anzunehmen? Der Verdacht liegt nahe, dass es hier (vielleicht unbewusst) um eine Art kompensatorischen Verhaltens geht: Wenn man schon ständig für Dinge geprügelt wird, die man nicht

ändern kann/will, wenn es schon immer schwieriger wird, die zentralen Glaubenswahrheiten zu vermitteln, dann ist die Versuchung groß, doch einmal auf der „richtigen“ Seite zu stehen und sich auch beim linksliberalen medialen Mainstream Applaus zu verschaffen.

Aber ist es nicht die Aufgabe der Kirche, den Armen zur Seite zu stehen? Niemand wird das bestreiten. Und es gibt ja auch keine ernstzunehmende politische oder gesellschaftliche Kraft, welche sich nicht zum Ziel der Armutsbekämpfung bekennen würde. Anderes zu behaupten ist eine polemische Verzerrung einschlägig interessierter Kreise, vergleichbar jener in der Migrationsdebatte. Auch hier wird so getan, als gäbe es jene, die Flüchtlinge retten und jene, die sie ertrinken lassen wollten. Was natürlich völlig absurd ist –

ebenso wie die Unterstellung, manche nähmen Armut gleichgültig hin. Die alles entscheidende Frage ist doch, wie Armut am besten zu bekämpfen (und das Ertrinken von Migranten auf hoffnungslos überfüllten Booten zu verhindern) ist. Das aber ist eine genuin politische Frage, zu der sich Kirchenvertreter selbstverständlich äußern können und sollen, auf die es aber keine katholische oder christliche Antwort schlechthin gibt. Sehr wohl aber gibt es gute Argumente, auch andere als „linke“, sozialistisch nivellierende Lesarten für mit der christlichen Botschaft vereinbar zu halten.

### **ES GIBT EIN BEMÜHEN UM EINE „GERECHTERE“ WELT**

Freilich gibt es Auswüchse des kapitalistischen Systems und die Welt ist ungerecht, was in sprachlicher Wucht schon von den alttestamentli-

chen Propheten angeprangert wurde. Aber die Auswüchse liegen letztlich in der zu „Auswüchsen“ neigenden Natur des Menschen. Alles wäre ganz einfach, so hat es ein kluger Kopf einmal ausgedrückt, wenn der Mensch anständig, maßvoll, bescheiden und dabei dennoch fleißig und ehrgeizig wäre. Die Versuche einen solchen Menschen zu schaffen, haben freilich stets in noch ungleich dramatischeren „Auswüchsen“ geendet – wie alle Modelle, die Ungerechtigkeit der Welt qua Systemwechsel zu beseitigen. Wer, wenn nicht die Kirche sollte um die *conditio humana* auch in dieser Hinsicht wissen!

Das enthebt freilich nicht der Verpflichtung, sich um

eine „gerechtere“ Welt zu bemühen. Genau das geschieht allerdings, dieses Bemühen ist *cum grano salis* die Grundlage unserer politisch-ökonomischen Systeme in unterschiedlichen Ausprägungen spätestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch hier darf man ruhig noch einmal an die Sprachgewalt der Propheten erinnern – und dankbar festhalten, dass von deren Verheißungen – nein, nicht alles, das wird (siehe oben) nie möglich sein in dieser Welt, aber doch mehr als man je

zu hoffen gewagt hatte Wirklichkeit, Lebenswirklichkeit für Abermillionen von Menschen geworden ist.

Von einem „Kapitalismus ohne Adjektive“, einem Diktat des „menschenverachtenden Neoliberalismus“, einer sich ausbreitenden „sozialen Eiseskälte“ lässt sich indes angesichts einer Abgabenquote im OECD-Schnitt von über 30 Prozent (in Österreich über 40 Prozent) nicht ernsthaft sprechen. Wer es dennoch tut, hat eine klare politische Agenda, die selbstverständlich legitim

ist, die man aber auch beim Namen nennen sollte.

All dies, was hier nur skizziert werden konnte, sollte auch und gerade Gegenstand innerkirchlicher Debatten sein. Eine neu positionierte

Katholische Sozialakademie, wie immer sie dann heißen möge, hätte hierin ihr weites Betätigungsfeld: als katholischer Thinktank zu den großen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen unserer Zeit ohne ideologische Engführungen.



**Mag. theol. Rudolf Mitlöchner**

(geb. 1965) ist stellvertretender Leiter des Innenpolitik-Ressorts der Tageszeitung „Kurier“. Davor war er viele Jahre lang Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“.

Ihr nächster Karriereschritt:

BERUFSBEGLEITEND  
PRAXISORIENTIERT  
PORTFOLIOERWEITERUNG  
TOP-FACHWISSEN

**MBA**

IT CONSULTANCY  
MASSGESCHNEIDERT  
METHODENKOMPETENZ  
MANAGEMENT  
CONSULTANCY

**YOUR  
MASTERPIECE.**

**UNSERE MASTERPROGRAMME:**

MBA in IT Consultancy und  
MBA in Management Consultancy

**incite**  
DIE UBIT.AKADEMIE

know how. get incite.

Alle Informationen unter [www.incite.at/mba](http://www.incite.at/mba)

aim  
austrian  
Institute of  
management  
FH Burgenland

WKOL  
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH  
Unternehmensberatung · Buchhaltung · IT

# FAIRE CHANCEN FÜR DIE WIENER JUGEND

Zu viele Schüler, die Deutsch nicht ausreichend beherrschen, zu große Klassen und fehlender politischer Wille: Wien steuere direkt auf den Bildungsnotstand zu, sagt Harald Zierfuß (Baj), jüngster Kandidat aus den Reihen des ÖCV bei der Wien-Wahl. Sollte der 20-Jährige den Einzug in den Landtag schaffen, möchte er dafür sorgen, dass es für Wiens Jugend bessere Perspektiven gibt. Denn jährlich werden die Zahlen im Bildungsbereich dramatischer.



*Wer die Homepage aufruft, merkt sofort, dass Deine Kandidatur eindeutig vom Bildungsthema getragen wird. Warum ist Dir dieser Bereich so wichtig?*

Ich komme ursprünglich aus der Schülerversammlung, war zwei Jahre lang Bundesschulsprecher und damit der Vertreter von allen 1,1 Millionen Schülern. Die Erfahrungen aus der Zeit prägen mich bis heute. Vor allem bin ich aber überzeugt, dass Wien im Bildungsbereich seine Zukunftschancen links liegen lässt.

Natürlich ist die Situation an Wiens Schulen nicht leicht: Fast zwei Drittel aller Wiener Volksschüler an öffentlichen Schulen sprechen im Alltag eine andere Sprache als Deutsch. Das ist ein fast unvorstellbarer Wert. In Favoriten sind es 81 Prozent, in Brigittenau 82 Prozent und in Margareten 88 Prozent. Wien

hat diesen extremen Überhang zum Teil selbst erzeugt und Zuwanderer angezogen – Stichwort Nicht-Umsetzung der „Mindestsicherung neu“ – das Land tut aber so gut wie nichts, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, im Gegenteil. Wir haben die größten Volksschulklassen aller Bundesländer, obwohl wir die meisten nicht Deutsch sprechenden Kinder haben. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 18,6 Kindern, in Wien sitzen in jeder Klasse 22 Kinder. Bei solchen Umständen kann ein Lehrer dann nur noch Schadensbegrenzung betreiben.

*Fehlt es am Geld?*

Es fehlt am Willen, das Geld richtig einzusetzen. Während andere Bundesländer selbst Mittel in die Hand nehmen, tut Wien genau das Gegenteil. Gerade eben hat es wieder für viele Schulen





deutliche Kürzungen bei der Personalzuteilung gegeben. Die Mittel fließen in sozialistische Prestigeprojekte wie den Ausbau von verschränkten Ganztagschulen. Dafür gibt es aus Sicht von Rot-Grün natürlich gute Gründe: Wenn das Land Wien mit dem Geld, das vom Bund kommt, viele Ganztagschulen betreibt – und zwar gratis, samt Mittagessen – spart die Gemeinde Wien enorme Summen bei der Nachmittagsbetreuung. Dafür nimmt man Klassen, in denen weniger gut gefördert wird, in Kauf.

*Aber gute Betreuung am Nachmittag und eine lange Verweildauer im deutschsprachigen Schulumfeld tut doch gerade Kindern gut, die aus anderssprachigen Elternhäusern kommen?*

Das mag schon sein. Ich glaube allerdings, dass jede Form der Kinderbetreuung am Nachmittag im Regelfall freiwillig sein sollte. Zeit in der Schule zu verbringen, macht nur Sinn, solange es in dieser Zeit ein hochwertiges Bil-

dungsangebot gibt. Nur Zeit abzusitzen kann und darf nicht verpflichtend sein. Vor allem ist aber die Qualität in den Unterrichtsstunden in kleinen Gruppen am wichtigsten.

*Lässt sich Deine Kritik an der Wiener Schulpolitik tatsächlich in Zahlen messen?*

In mehrerer Hinsicht. Erstens sehen wir ganz deutlich, dass die Kompetenzen der NMS-Schüler in der achten Schulstufe im Österreich-Vergleich katastrophal sind. 75 bis 80 Prozent lesen, aber sie lesen nur schlecht oder unterdurchschnittlich, in Mathematik sind die Zahlen genau gleich.

**„...75 bis 80 Prozent lesen, aber sie lesen nur schlecht oder unterdurchschnittlich, in Mathematik sind die Zahlen genau gleich.“**

Schaut man sich die gleichaltrigen AHS-Schüler an, ist das Bild genau umgekehrt.

*Diese Zahlen gibt es aber in anderen Großstädten auch.*

Stimmt, aber in keiner Metropole des deutschen Sprachraumes (zum Beispiel Berlin, Köln oder Hamburg etc.) sind so viele 15- bis 24-Jährige weder in Ausbildung noch Anstellung wie in Wien. Da sind wir traurige Spitzenreiter. Jeder Zehnte bei uns ist Bildungsaussteiger und arbeitet auch nicht. Viele davon, das weiß man aus Studien, schaffen dann später nie mehr den Einstieg ins Arbeitsleben oder bleiben ihr Leben lang prekär beschäftigt, weil sie dramatisch unterqualifiziert sind. Das bedeutet: Rot-Grün erzeugt in Wien Probleme, die

Tausende Jugendliche, weil sie keine ausreichende Ausbildung bekommen. Welche Folgen das haben kann, muss man nicht lange erklären. Junge Menschen ohne Perspektiven sind frustriert und politisch leicht zu radikalisieren.

*Nun ist das Bildungsthema im Wahlkampf aber kein absolutes Top-Thema. Zumindest nicht bei den Bürgern. Dort ist mehr vom Verkehr die Rede, der viele aufregt. Stört Dich das?*

Nein. Es ist klar, dass am Wirtshaustisch die alltäglichen Probleme dominieren. Dass Rot-Grün unendlich viel Steuergeld verschwendet mit fragwürdigen Aktionen wie Planschbecken und Pop-up-Projekten im Verkehrsreich, ärgert die Wiener und Wienerinnen und darüber wird natürlich mehr geredet als über die Situation im Bildungsbereich.

*Wien und der Verkehr. Mehr Schein als Sein?*

einer ganzen Generation ein Leben lang nachzuhängen drohen. Wien verliert pro Jahr

Im Verkehrsbereich regieren Aktionismus und Behinderung. Wir, die ÖVP, hätten

lieber Lösungen und mehr Angebot. Wien ist in den letzten Jahren stark gewachsen, räumlich und was die Bevölkerungszahl betrifft, doch die Verkehrsinfrastruktur hinkt hinten nach. In den Bezirken jenseits der Donau fällt das am allerstärksten auf. Hier wollen wir Verbesserungen. Vor allem junge Menschen verwenden die Öffis ja sehr oft und auch gerne – wenn das Angebot attraktiv ist. Uns muss man nicht mit teuren Behinderungsmaßnahmen das Autofahren vermiesen, denn viele junge Leute haben – so wie ich – gar keinen Führerschein.

*Es mehrt sich nun im Wahlkampf auch die Kritik an der Wiener Covid-Strategie. Zu Recht, angesichts der hohen Zahlen?*

Zunächst lag Wien eigentlich ganz gut. In der Lockdownphase und den Wochen danach hatte die Stadt erfreulich wenig Fälle. Leider sieht das Bild seit Sommerbeginn ganz anders aus. Vielleicht ist die Tendenz der Verantwortlichen in Sachen Corona gerne gegen die Bundesregierung zu agieren anstatt an ihrer Seite, doch keine so gute Strategie. Eines muss klar sein: Wir haben einen gemeinsamen Gegner und der heißt Corona.

*Stichwort Corona. Das Virus erleichtert den Wahlkampf nicht wirklich. Wie gehst Du damit um?*

Covid hält mich nicht davon ab, immer wieder zu Prä-

senzveranstaltungen in den Bezirken zu gehen, und persönlichen Kontakt zu den Verbindungen und den Bezirksgruppen der Jungen ÖVP zu halten. Klar ist es im Moment extrem mühsam, weil es ja keine größeren Events gibt und man wirklich viele kleinere Termine absolvieren muss. Der Vorteil für mich: Man kommt bei kleineren Runden leichter und intensiver mit den Menschen ins Gespräch. Aber zweifelsohne haben diesmal Online-Aktivitäten besondere Bedeutung und großes Gewicht. Darauf zielen wir auch ab.

*Du bist gerade mal 20 Jahre alt, hast trotz deines Alters viel politische Erfahrung gesammelt und wirst vielleicht bald Landtagsabgeordneter. Wie schafft man es so jung an die Spitze?*

Ein Vorteil war, dass ich in den Schülervertretungsbeirich sehr früh reingekommen bin – eigentlich schon mit 13. Da gab es einige Ältere, die mich immer mitgenommen und sehr gefördert haben. Mit 16 war ich dann Bundesschulsprecher und habe dadurch auch Kontakt zur Jungen ÖVP bekommen. Mich hat Politik immer sehr interessiert und ich habe versucht, überall, wo ich reinschnuppern durfte, möglichst viel aufzusaugen – als Schülervertreter, als Funktionär der Jungen ÖVP, bei Schulungen, im Nationalratswahlkampf an der Seite von Gernot Blümel (Nc), bei dem ich irrsinnig viel lernen konnte.



ÖCV-Reise  
Weissrussland



**12.09. – 19.09.2021**

Highlights der Reise:  
Minsk – Vitebsk – Polosk – Nanosy – Grodno – Kosovo – Belaweschski Wald – Bialowiezer Nationalpark – Brest – Nesvisch – Mir

Richtpreis pro Person ab € 1.660

**Anmeldung und Detailprogramm bei:**  
Dkfm. Dr. Helmut Zehmann, Am  
Tel: 0676/3045855 • [helmut.zehmann@aon.at](mailto:helmut.zehmann@aon.at)  
[www.columbus-reisen.at](http://www.columbus-reisen.at)

*Ist Jungsein in der Neuen Volkspartei ein großer Vorteil?*

Weder Vorteil noch Nachteil. Man wird primär nach der Leistung beurteilt. Das ist auch gut so.

*Bist Du am Sprung zum Berufspolitiker?*

Nein, das habe ich nicht vor. Aber noch ist es zu früh für definitive Pläne. Zunächst stehen vor mir zwei Aufgaben: Ich möchte mein Jus-Studium, mit dem ich gut im zweiten Abschnitt unterwegs bin, unbedingt erfolgreich beenden und ich hoffe auf 900 Vorzugsstimmen bei der Wahl, damit mein Einzug in den Landtag Wirklichkeit wird. 900 ist die parteiintern

festgelegte Hürde, da wird es um jede einzelne gehen.

*Warum soll jemand, der Rot-Grün abwählen will, sich für die ÖVP entscheiden? Es gibt ja auch andere Oppositionsparteien.*

Es zeigt sich in diesem Wahlkampf sehr deutlich, dass alle anderen Parteien, die derzeit in Opposition sind, dort auch bleiben wollen. FPÖ, Strache und Neos definieren sich primär dadurch, wogegen sie sind. Sie zeigen Probleme auf, aber dahinter steckt wenig Ambition zur Lösung derselben. Die Wiener ÖVP möchte regieren und verändern – ungeachtet dessen, dass sich Rot-Grün dennoch vermutlich wieder ausgehen wird.

# SCHWERPUNKT PRÄVENTION

Rund 4,5 Millionen Menschen sind bei der AUVA gegen die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten versichert. Kernaufgaben sind die Verhütung von Arbeitsunfällen sowie die Heilbehandlung und Rehabilitation. Eine weitere Kernaufgabe ist die finanzielle Entschädigung.



Die AUVA finanziert ihre Aufgaben fast zur Gänze aus den Beiträgen der Dienstgeber und übernimmt dafür die Haftung für Arbeitsunfälle und das Auftreten von Berufskrankheiten. Dieses Finanzierungsprinzip hat seinen historischen Ursprung im 19. Jahrhundert, als das Drängen der Arbeiterschaft auf soziale Absicherung zur Einführung der gesetzlichen Arbeitsunfallversicherung führte, in deren Rahmen die Haftpflicht geregelt wurde. Zur Durchführung der Versicherung wurden sogenannte Arbeiterunfallversicherungsanstalten gegründet. Eine von ihnen ist die heutige AUVA.

## KONTINUIERLICHER AUSBAU

Nach mehreren Reformschritten in Monarchie und Erster Republik kam es mit Schaffung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes 1956 erstmals zu einer klar formulierten Basis für Unfallverhütung in den Betrieben. Prävention und Heilbehandlung wurden seither kontinuierlich ausgebaut und modernisiert. Heute

sieht sich die AUVA mehr denn je als Partner der Unternehmen und ist bemüht, ihre Kernaufgaben unter sich ständig ändernden Herausforderungen zu erfüllen. Wie alle Sozialversicherungsträger ist sie nach dem Prinzip der Selbstverwaltung organisiert: Die Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsenden ihre Funktionäre in deren Organe. In den AUVA-Einrichtungen werden jährlich über 375.000 Patientinnen und Patienten auf medizinischem Spitzenniveau versorgt, davon mehr als 46.000 stationär.

## SICHERHEITSTECHNISCHE BETREUUNG

Die gesetzlichen Präventionsaufgaben – Werbung für den Gedanken der Unfallverhütung, Beratung, Schulung und Betreuung, Zusammenarbeit mit Betrieben, Schulen, Behörden und Körperschaften, Analyse und Ursachenforschung, Betreuung von Kleinbetrieben – werden von verschiedenen Sicherheitseinrichtungen wahrgenommen. Fachleute des Unfallverhütungsdienstes führen

lokale Beratungen und Aktionen durch, während die Präventionszentren von AUVA sicher entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen für die kostenlose sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung von Kleinbetrieben sorgen.

## EINE VIELZAHL AN MATERIALIEN

Darüber hinaus produziert die AUVA eine Vielzahl an Präventions-Materialien: Merkblätter, Broschüren und Reports bieten laufend aktualisierte umfassende Informationen zur Unfallverhütung

und Sicherheit am Arbeitsplatz. Im Rahmen ihrer Präventionsschwerpunkte widmet sich die AUVA zusätzlich verstärkt bestimmten Themen, aktuell betrifft dies die Information und Bewusstseinsbildung rund um krebs-erzeugende Arbeitsstoffe. Aber auch abseits davon ist man bemüht, möglichst zeitnah auf aktuelle Entwicklungen im Bereich Arbeitnehmerschutz zu reagieren.

[www.facebook.com/MeineAUVA/](https://www.facebook.com/MeineAUVA/)  
[www.auva.at](http://www.auva.at)



Informationsmaterialien können bei der AUVA kostenlos bestellt werden und stehen auf [www.auva.at/publikationen](http://www.auva.at/publikationen) zum Download bereit.



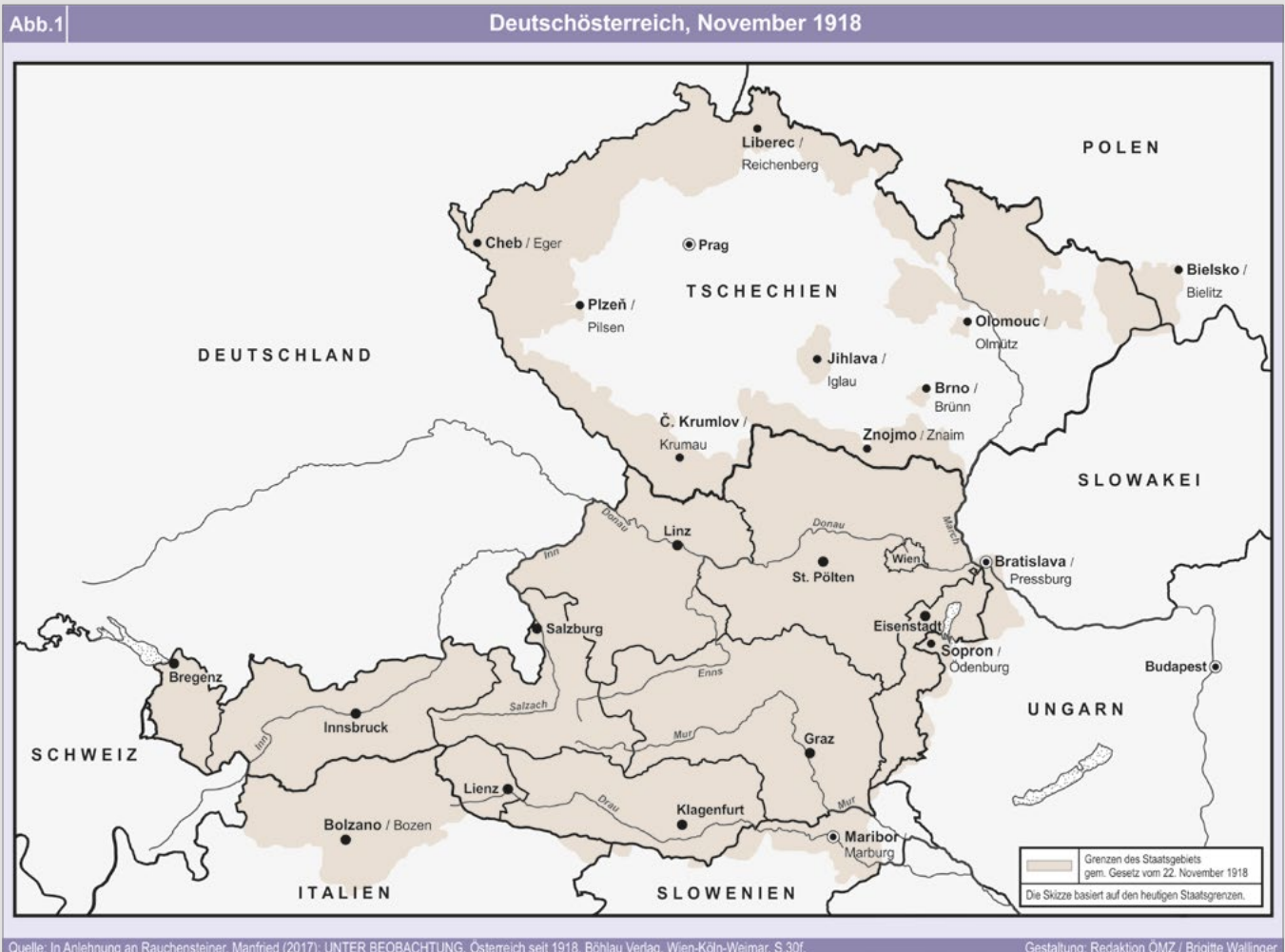
# 100 JAHRE SÜDTIROL BEI ITALIEN

Am 10. Oktober 1920 trat das Dekret in Kraft, mit dem Italien Südtirol annektierte. Zwar war Tirol zwischen Brenner und Salurn schon seit dem Ende des Ersten Weltkriegs von Italien besetzt, staatsrechtlich gehörte aber auch dieses Gebiet zur Republik Deutschösterreich, Abgeordnete aus Südtirol saßen von 1918 bis 1920 in der Provisorischen und der Konstituierenden Nationalversammlung. Das gleiche galt für die deutschsprachigen Teile Böhmens, Mährens, Österreichisch-Schlesiens, der Krain und der Untersteiermark, wie auf der untenstehenden Karte dargestellt. Die im Staatsvertrag von St. Germain zugestandene Abtretung Südtirols fand also am 10. Oktober 1920 ihren formalen Abschluss. Österreich in den heutigen Grenzen gibt es erst seit 1921.

Die ACADEMIA hat aus diesem Anlass vier Autoren um Beiträge zu „100 Jahre Südtirol bei Italien“ gebeten. Der 1948 geborene Meraner Architekt Manfred Ebner (Trn) schildert seine per-

sönlichen Erfahrungen und lässt auch die Erzählungen seiner Eltern und Großeltern über die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg mit einfließen. Der nunmehr in Hildesheim lehrende Zeithistoriker Michael Gehler erläutert Selbstverständnis und historisches Bewusstsein (Süd-)Tirols und bringt einen Überblick über die Entwicklungen des letzten Jahrhunderts. Der aus Brixen gebürtige Innsbrucker Europarechtler Walter Obwexer (Le) ordnet ein, ob die in Italien gelegentlich geäußerte Behauptung stimmt, das Gruber-Degasperi-Abkommen und das Südtirol-„Paket“ wären durch den EU-Beitritt Österreichs hinfällig bzw. durch die Weiterentwicklung des Unionsrechts sogar EU-rechtswidrig geworden. Schließlich erörtert Gregor Gatscher-Riedl (NbW), ein ausgewiesener Experte der jüngeren K.u.K.-Geschichte, in einem Kommentar, warum viele Österreicher die „Wunde“ Südtirol auch nach 100 Jahren noch so schmerzt – mehr jedenfalls als jeder andere Gebietsverlust in Folge des Ersten Weltkrieges.

*Die Redaktion*





# DER ETHNISCHE PROPORZ ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

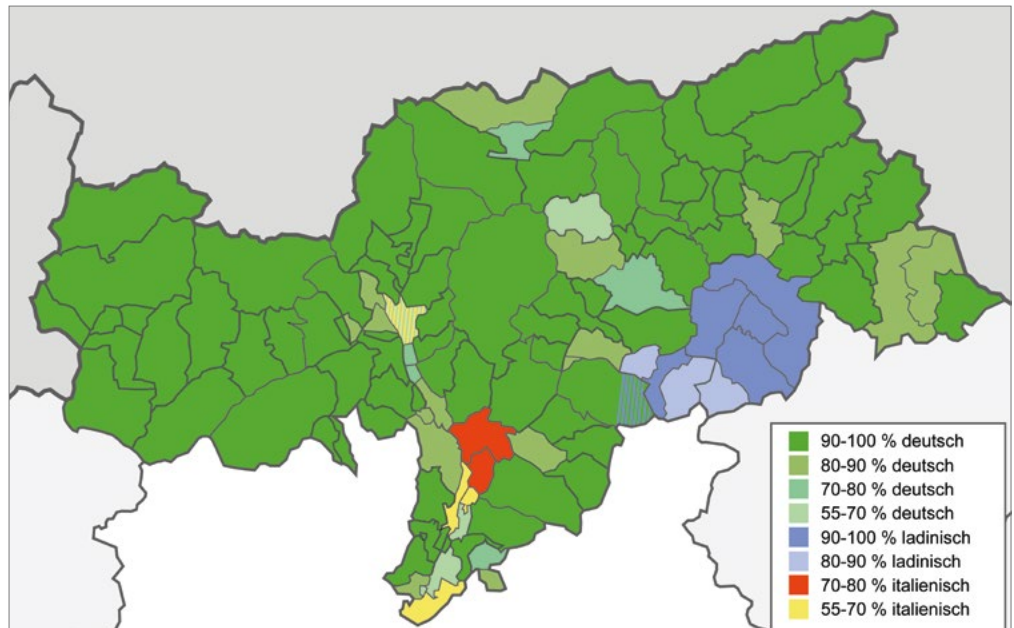
Der Weg der Südtiroler von der faschistischen Unterdrückung zur funktionierenden Autonomie war lange und wechselvoll. Doch jetzt, nach 100 Jahren, hat er ein gutes Ende gefunden – in Frieden und wirtschaftlicher Prosperität.

MANFRED EBNER

**T**irol hatte schon immer drei Sprachgruppen: deutsch, italienisch und ladinisch. In Welschtirol, dem heutigen Trentino, sprachen zu Kaisers Zeiten 96% Italienisch, in Südtirol 89% Deutsch, 3% Italienisch und 4% Ladinisch. Die österreichische Monarchie hat die italienische Kultur im Trentino stets akzeptiert und an der Innsbrucker Universität eine italienische Fakultät gegründet. In Südtirol fand ein reiches Kulturleben statt, Schriftsteller wie Arthur Schnitzler, Thomas Mann oder Stefan Zweig und Komponisten wie Gustav Mahler, Béla Bartók oder Paul Hindemith verbrachten viel Zeit hier, insbesondere in der Kurstadt Meran.

## DIE ANNEXION

Meine Eltern waren genauso wie die meisten Südtiroler vollkommen überrascht, als



Sprachgruppen in Südtirol – Volkszählung 2011

sie nach dem Ersten Weltkrieg plötzlich erfuhren, dass ihre Heimat nun Teil von Italien würde. Die Abtrennung von Österreich war sowohl wirtschaftlich als auch kulturell ein einschneidender Bruch für die Bevölkerung, die von Hunger und der Spanischen Grippe geschwächt

war. Viele Männer waren noch Kriegsgefangene, nur wenige Südtiroler beherrschten die italienische Sprache. Der Austausch mit dem restlichen deutschen Sprachraum war plötzlich unterbrochen.

Man hatte noch Hoffnungen auf ein demokratisches

Leben unter Wahrung der Minderheitenrechte. Doch mit den italienischen Beamten kamen auch fanatische Nationalisten ins Land. Faschistische Schlägertrupps verwüsteten nicht-italienische Kultureinrichtungen und ermordeten einen Lehrer. Im Oktober 1922 besetz-

ten sie beim „Marsch auf Bozen“ die Kaiserin-Elisabeth-Schule, vertrieben die deutschsprachigen Schüler, setzten den gewählten Bürgermeister von Bozen ab. Wenige Wochen später ergriff Benito Mussolini die Macht in Italien. Für Südtirol hatte dies schwerwiegende Folgen. Alle Ortschaften erhielten einen meist erfundenen italienischen Namen und die deutsche Bezeichnung wurde verboten. Die deutschsprachigen Schulen mussten schließen und der Gebrauch der deutschen Sprache auch unter den Schülern war nicht mehr erlaubt. Mein Vater konnte, wie die meisten Südtiroler, kein Wort Italienisch und musste daher die Oberschule verlassen.

Die italienische Regierung hatte das Ziel, aus Südtirol eine italienische Musterregion zu machen und investierte in viele Projekte: Wasserkraftwerke, Straßen, Industrien und ganze Stadtviertel für die zugewanderten italienischen Arbeiter. Das Ziel war, die deutschsprachige Bevölkerung zur Minderheit zu machen und durch die Ausschaltung ihrer Sprache vollkommen zu assimilieren. Viele Südtiroler wurden als Soldaten zum mörderischen Abessinienkrieg eingezogen.

Die Republik Österreich war zum Leidwesen der Südtiroler nicht in der Lage zu helfen, da Wien jeden Konflikt mit Rom vermeiden wollte. Viele Südtiroler hofften in dieser schlimmen Situation auf Hil-

fe durch das nationalsozialistische Deutsche Reich. Dies erwies sich als grober Fehler. Hitler war die Zusammenarbeit mit Mussolini wichtig, er wollte nicht „die großen Pläne im Osten wegen ein paar Älplern gefährden“. So stellten Nationalsozialisten und Faschisten die Südtiroler durch die „Option“ vor die Wahl, Italiener zu werden oder auszuwandern. Dabei wurde mit wilden Gerüchten operiert, etwa dass die Südtiroler, die bleiben, nach Süditalien umgesiedelt würden. Oder dass die Südtiroler, die sich für Deutschland entscheiden, ein geschlossenes Siedlungsgebiet erhielten (in Burgund, oder auf der Krim). Diese Gerüchte hatten großen Einfluss auf die Entscheidung, 86% optierten für die Auswanderung. Die Südtiroler mussten zwischen zwei Diktaturen wählen. Eine davon, die faschistische, kannten sie und waren deren Opfer, die zweite, die nationalsozialistische, kannten sie nicht. Nach dem Sturz Mussolinis 1943 marschierte die deutsche Wehrmacht ein und die Auswanderung wurde gestoppt. Bald begann darauf die Deportation von Juden aus Bozen und Meran.

### DER PARISER VERTRAG UND DAS „PAKET“

Den Italienern waren von den Alliierten Südtirol und Istrien als Gegenleistung für die Kriegserklärung an das Deutsche Reich versprochen worden. Die Einverleibung Istriens verhinderten die Russen, umsoweniger wollte

**Jeder Ausblick zählt**

24/7 ONLINE INSPIRIEREN

**Auf den vier schönsten Flüssen:  
Rhein, Neckar, Mosel, Saar**

**FLUSSKREUZFAHRT  
MIT DER MS CASANOVA  
02.06. – 09.06.2021**  
Flug ab/bis Wien  
Vollpension, Ausflugspaket  
Reisewelt-Reisebegleitung ab

Von Saarbrücken über Heidelberg nach Stuttgart **1.849,-**

Informationen: Dr. Helmut Zehmann v/o Hermes, Am  
02262/63977 oder 0676/3045855 [helmut.zehmann@aon.at](mailto:helmut.zehmann@aon.at)

Reisen sicher buchen.  
Jetzt Auszeit nehmen!  
[reisewelt.at](http://reisewelt.at)

öcv-Reise REISEWELT

Rom auf Südtirol verzichten. Nach dem Waffenstillstand kamen daher sofort italienische Partisanenverbände nach Südtirol und übernahmen die Macht. Die Grenze zu Österreich wurde gesperrt. Über 80% der Südtiroler wurden staatenlos, da sie für Deutschland optiert hatten. Als solche hatten sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen oder Essenszuteilungen. Von den 75.000 Ausgewanderten sind nur 20.000 zurückgekehrt.

Bundeskanzler Leopold Figl (Nc) sagte im Dezember 1945, Südtirol sei eine „Herzenssache Österreichs“, aber Österreich konnte wenig für eine Rückgewinnung Südtirols tun und die Forderung nach Selbstbestimmung scheiter-

te am Veto Roms. Nach dem Gruber-Degasperi-Abkommen von 1946 (siehe Beitrag Obwexer) wurden zwar deutschsprachige Schulen zugelassen, aber im öffentlichen Dienst stellten die Italiener, häufig frühere faschistische Beamte, die erdrückende Mehrheit. Da Italien bei Kriegsende zu den Siegermächten zählte, erfolgte keine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit. Es gab keine Prozesse gegen italienische Kriegsverbrecher, viele hochrangige Entscheidungsträger des Faschismus wurden voll rehabilitiert und erhielten wichtige Posten in Politik und Verwaltung.

Bei allen öffentlichen Ämtern (Post, Krankenhaus, Gemeinde, Steueramt, etc.)

sprach man also fast ausschließlich Italienisch und die Zuwanderung von Italienern aus dem Süden wurde durch Industrieansiedlungen und Volkswohnbauten weiter massiv gefördert. Der Anteil der Einwohner Südtirols mit italienischer Muttersprache wuchs von 3% im Jahr 1910 auf 34% im Jahr 1961. Der Unmut in der deutschsprachigen Bevölkerung stieg massiv an.

In der „Feuernacht“ von 1961 wurden das Mussolini-Denkmal und viele Strommasten gesprengt. Die Folge war ein massives Polizeiaufgebot in ganz Südtirol. Viele Attentäter wurden verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt. Dabei kam es zu Folterungen und nach den Prozessen zu Freisprüchen für die Folterer. Ob die Attentate den Verhandlungen zwischen Wien und Rom geschadet oder genutzt haben, weil Italien den Unruheherd beruhigen wollte, ist bis heute umstritten.

## PROPORZ UND ZWEISPRACHIGKEIT

Landeshauptmann Silvius Magnago (R-D) war ein ä-

ßerst geschickter Verhandler. Als Sohn eines italienischsprachigen Richters aus Welschtirol und einer Vorarlbergerin und als in Bologna ausgebildeter Jurist wusste er, wie er vorgehen musste. Für Südtirol gab es folgende Szenarien: eine Entwicklung wie im Elsass mit immer weniger Sichtbarkeit der Kultur der Deutschsprachigen, oder ein Kampf der Volksgruppen wie in Nordirland oder im Baskenland. Magnago suchte einen dritten Weg: seine Devise war das Maximum des Machbaren zu erreichen und dies schrittweise.

Der Abstimmung innerhalb der Südtiroler Volkspartei über das „Paket“ von 1969 waren heiße parteiinterne Diskussionen vorangegangen, wie mir mein Vater, der dabei war, erzählte. Die SVP nahm das Paket nur mit einer ganz knappen Mehrheit an, denn es bestand wenig Vertrauen in den italienischen Staat. Magnago hat es aber verstanden, das Paket als einen Rahmen für Durchführungsbestimmungen zu sehen, mit denen erst weitere wichtige Autonomiebestimmungen erreicht werden mussten.

Erst 1981 erfolgte, nach zähen Verhandlungen über die Durchführungsbestimmungen, die erste Volkszählung mit der Erhebung der Sprachgruppenzugehörigkeit als Basis für den „ethnischen Proporz“. Die Vergabe von öffentlichen Stellen, die Zuteilung von staatlichen Wohnungen oder die Zusammensetzung von Landesregierung und Gemeindeausschüssen erfolgten nun im Verhältnis der Bevölkerungsgruppen. Zusätzlich ist für den öffentlichen Dienst eine Zweisprachigkeitsprüfung erforderlich. Die Einführung des Proporz wurde von zwei Seiten bekämpft. Auf der einen Seite von Italienern, weil ihre Rechte, besonders das Beinahe-Monopol auf öffentliche Stellen, beschnitten wurden. Die neofaschistische Partei MSI und die Nachfolgepartei „Alleanza Nazionale“ bekamen großen Zulauf. Auf der anderen Seite bekämpften linksalternative Kräfte den Proporz, den sie mit der Apartheid verglichen. Sie glaubten, dass beide Sprachgruppen ihren Nationalismus ablegen und freiwillig zu einer gerechten

Verteilung der Minderheitenrechte gelangen würden.

Ich persönlich bin überzeugt, dass es ohne Proporz nie zu einer Befriedung zwischen den Volksgruppen gekommen wäre. Nur dadurch konnte eine weitgehende Gleichberechtigung erzielt werden. Obwohl die Regelung auch Schwachpunkte hat – zum Beispiel, dass ein fachlich besserer Kandidat bei einem Stellenwettbewerb aus Gründen der Sprachgruppenzugehörigkeit nicht zum Zug kommt – ist der Proporz aber immer noch aktuell, wenn er mit vernünftigem Maß angewandt wird.

## DIE ENTWICKLUNG DER AUTONOMIE

Die Gleichberechtigung der deutschen mit der italienischen Sprache wurde sehr langsam, aber doch erreicht. Ein Postbeamter antwortet auf Deutsch, im Krankenhaus erhalten deutschsprachige Ärzte und Krankenschwestern eine Arbeitsstelle, die Zuweisung von Sozialwohnungen erfolgt auch an Deutschsprachige, usw. Die ältere Generation der Italiener hat die Gleichberechtigung der deutschen Sprache und der Stellenbesetzung



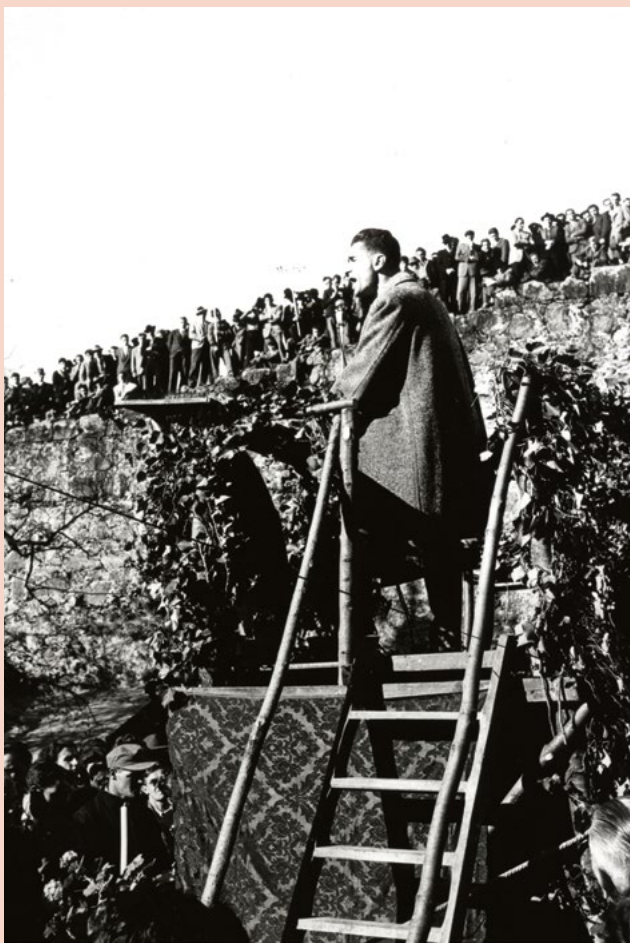
Alt-LH Magnago (R-D) war oftmaliger Gast beim Meraner Zirkel, links Magnago mit dem Autor Manfred Ebner (Trn).



## „SIAMO IN ITALIA!“

Ich wurde 1948 in Meran geboren. Meinen deutschen Taufnamen hat der italienische Gemeindebeamte für die Geburtsurkunde ins Italienische übersetzt. Erst viele Jahre später konnte ich dies durch eine Namensänderung richtigstellen. Noch 1955 trat ein Gesetz in Kraft, das verbot, Kindern italienischer Staatsangehörigkeit „fremdsprachige“ – also im Falle Südtirols deutsche – Vornamen zu geben.

Über Politik wurde in meiner Familie oft gesprochen. Einige Male war auch Silvius Magnago (R-D) bei uns zu Besuch. Als Neunjährigem hat mir mein Vater von der Großkundgebung auf Schloss Sigmundskron 1957 erzählt, wo Magnago sein „Los von Trient“ postulierte, um ein autonomes Gebiet mit deutschsprachiger Mehrheit zu erreichen. Denn Italien hatte mit einem Trick die im Gruber-Degasperi-Abkommen zugesagte Autonomie nicht der Provinz Bozen zugeteilt, sondern



*Silvius Magnago am Rednerpult bei der Großkundgebung auf Schloss Sigmundskron am 17. November 1957*

der aus den Provinzen Bozen und Trient gebildeten Region „Trentino – Tiroler Etschland“, in der wiederum die Italiener die Mehrheit stellten. Die 35.000 Teilnehmer von Sigmundskron wollten nun einen Marsch nach Bozen durchführen. Ein riesiges Polizeiaufgebot hätte sie dort erwartet. Magnago ist es mit seiner Rede gelungen, die Menge zu beruhigen und den Marsch und als Folge das Risiko für einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Ich kann mich noch gut erinnern, wie die Polizei nach der „Feuernacht“ von 1961 auch bei uns daheim eine Hausdurchsuchung durchführte und meinen Vater eine Nacht lang einsperrte, nur weil sein Auto am Abend eines Anschlags unterwegs war. Sogar Panzer wurden auf der Suche nach den Attentätern eingesetzt.

Nach meiner Mittelschulzeit in Brixen – wo ich Mitglied der ältesten heute noch (als Altherrenverband) bestehenden katholischen Pennalie Südtirols, der 1892 in Trient gegründeten Laurinia, wurde – war ich ab 1967 zum Studium in Graz. Österreichische Diplome wurden ja inzwischen in Italien anerkannt. Die Grenze war aber noch sehr präsent, Gepäckkontrollen waren sowohl bei der Einreise nach Österreich als auch der Rückreise nach Südtirol üblich. Nach Ende des Studiums kehrte ich als Bauingenieur nach Südtirol zurück und musste zum italienischen Militär. Die im Pariser Vertrag vorgesehenen Rechte der Südtiroler waren immer noch nicht verwirklicht. Beamte sprachen fast ausschließlich Italienisch, auch im Krankenhaus konnte man sich oft nicht auf Deutsch verständigen. Die lange Zeit unter faschistischer Herrschaft und die Auswanderung hatten dazu geführt, dass bei den deutschsprachigen Südtirolern nur ein sehr geringer Prozentsatz ein Hochschulstudium abgeschlossen hatte. 1980, als ich mein Ingenieurbüro eröffnete, waren in Südtirol noch zwei Drittel der Ingenieure italienischsprachig, obwohl der Bevölkerungsanteil der Italiener nur ein Drittel war. Im Ausschuss der Ingenieurskammer wurde selbstverständlich nur Italienisch gesprochen, weil der Großteil der Mitglieder, obwohl in Südtirol geboren, kein Wort Deutsch verstand. Es war allgemein üblich, dass bei einer Gruppe von deutschsprachigen Südtirolern alle auf Italienisch umstellten, sobald ein einziger Italiener in die Runde kam. Stellte man die Frage, warum die Italiener sich weigerten, deutsch zu reden oder zu lernen, war meist die Antwort: „Siamo in Italia!“



kaum akzeptiert und war auch nicht bereit, die deutsche Sprache zu verwenden. Da es keine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit gegeben hat, sehen viele Italiener faschistische Denkmäler als Teil ihrer Identität. So hat sich die Bozner Bevölkerung 2002 bei einer Volksabstimmung mit 62% für den Erhalt des Namens „Siegesplatz“ und gegen eine Umbenennung in „Friedensplatz“ ausgesprochen. Es handelt sich um jenen Platz, wo das faschistische Siegesdenkmal mit der Aufschrift steht, dass man hier den „Übrigen“ Sprache, Recht und Kunst beigebracht habe. Erst 2016 wurde im Untergeschoß eine Dokumentations-Ausstellung über die Südtiroler Geschichte mit Erklärungen eingerichtet. Das Relief am ehemaligen Gebäude der faschistischen Partei in Bozen mit Mussolini am Pferd und der Inschrift „credere, combattere, obbedire“ wurde durch die Anbringung des Zitats von Hannah Arendt „Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen“ historisiert.

Mit Ausnahme von Polizei und Militär ist die gerechte Verteilung der Stellen im öffentlichen Dienst inzwischen weitgehend erreicht und die Autonomie schrittweise mit neuen Kompetenzen ausgebaut. Während in Südtirol die Landeshauptleute Silvius Magnago von 1960 bis 1989 und Luis Durnwalder (Grei und Rh-I im ÖKV) von 1989 bis 2014 im Amt waren, hat es in Italien 33 Wechsel bei den Ministerpräsidenten



Das „Siegesdenkmal“ in Bozen mit der Aufschrift „Hier haben wir den Übrigen Sprache, Recht und Kunst beigebracht.“

ten und 48 Regierungen gegeben. Bei den knappen Mehrheiten konnten die Südtiroler Parlamentarier viele Zuständigkeiten erwirken: Staatsstraßen, Wasserkonzessionen und vieles andere. Magnago hatte sich in erster Linie für die gesetzliche Absicherung der Minderheitsrechte eingesetzt. Die ihm nachfolgenden Landeshauptleute Durnwalder und Arno Kompatscher haben zusammen mit den Südtiroler Abgeordneten in Rom die Autonomie weiterentwickelt und die neuen Möglichkeiten zum Aufbau einer kulturell, wirtschaftlich und verkehrstechnisch erfolgreichen Region genutzt.

Es hat sich gezeigt, dass eine Autonomie nur bei entsprechender Finanzausstattung funktioniert. Südtirol bekommt 90% der hier erhobenen Steuern vom Staat zurück. Dabei bleibt die autonome Provinz Südtirol ein

Nettozahler, der mehr Steuergelder nach Rom schickt, als er zurückbekommt.

## SÜDTIROL HEUTE

Südtirol hat sich von einem armen Auswandererland zu einer der wohlhabendsten Provinzen Italiens entwickelt, mit viel Fleiß und mit einer guten autonomen Verwaltung. Die Sprachgruppen leben weitgehend friedlich in gegenseitigem Respekt, wenngleich immer noch weitgehend getrennt. Doch es gibt inzwischen immer mehr italienischsprachige Mitbürger, die den Vorteil der Autonomie sehen.

Die italienischsprachige Bevölkerung ist hauptsächlich in den Städten zu finden. Von

116 Südtiroler Gemeinden haben fünf italienische Bürgermeister. Nach den Sprachgruppenerklärungen von 2011 sind 69% deutschsprachig, 26% italienischsprachig und 4,5% ladinisch. Durch die höheren Geburtenraten im ländlichen Gebiet wächst der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung stärker.

Den meisten jungen Menschen ist die leidvolle Geschichte des Landes ebenso wenig bewusst wie die Leistungen der Politiker, die zur heutigen friedlichen Situation geführt haben. Während der Coronakrise haben viele erst verstanden, was geschlossene Grenzen innerhalb von Tirol bedeuten. Es ist zu hoffen, dass alle Sprachgruppen Südtirol als ihre gemeinsame Heimat sehen und friedlich zusammenleben. Weiterhin ist viel Wachsamkeit nötig, damit nationalistische Populisten unsere Autonomie nicht einschränken. Es gibt in Italien neben den Linksparteien keine christlich, ökosozial ausgerichtete Partei mehr, die eindeutig den Faschismus verurteilt. Populisten sind eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Autonomie. Unsere Hoffnung ist ein immer enger zusammenwachsendes Europa, das die Regionen und die Minderheitenrechte wirksam schützt.



**Dr. Ing. Manfred Ebner (Trn)**

geboren 1948 in Meran, hat in Graz Architektur studiert, und führt seit 1980 sein Bauingenieurbüro in Meran.

# 100 JAHRE SÜDTIROLFRAGE UND EIN GUTES ENDE

MICHAEL GEHLER



*Das Schloss Tirol bei Meran, von dem das ganze Land den Namen hat.*

Es sind sechs Elemente, die das offizielle Selbstverständnis Tirols und sein historisches Bewusstsein prägten: Freiheitswille (Ablehnung von Fremdbestimmung), Heimatverbundenheit, Erhaltung der politisch-administrativen Eigenständigkeit, Religiosität, Mitbestimmung und Wehrhaftigkeit. Die Tiroler Erhebungen von 1809 wandten sich in erster Linie gegen

die Errichtung eines zentralistischen Verwaltungsstaats aufklärter bayerischer Prägung. Es handelte sich um einen Aufstand gegen eine Fremdherrschaft, aber auch gegen die Aufklärung, gegen die Moderne und gegen Reformen. Das Aufbegehren stand für die Bewahrung des Status quo. Es war eine konservative Rebellion. Der Heldenmythos des Andrä Hofer und

seiner Mitstreiter gründete sich auf den Kampf für den Fortbestand der Tirolischen Freiheiten. Letztlich steht der Name Hofers für einen begrenzt wirksamen Aufstand – Tirol unterlag gegen Mächtigere, doch aus der Niederlage des Widerstands erwuchs Stoff für einen Heldenmythos und Verklärung. Im Willen nach Selbstbestimmung der „Tirolischen Nation“, wie in zeitgenös-

sischen Dokumenten im 19. Jahrhundert benannt, liegt eine bleibende Bedeutung.

## BEWEGTES JAHRHUNDERT MIT FÜNF MEILENSTEINEN

Im 20. Jahrhundert ist die Geschichte Tirols durch fünf Zäsuren geprägt:

- das Diktat der Sieger durch den Friedensvertrag von Saint Germain 1919,

- das Diktat der Diktatoren der Optionsentscheidung und die Umsiedlung durch das Hitler-Mussolini-Abkommen 1939
- das Abkommen Gruber (AW) - De Gasperi 1946 mit einer für Südtirol unerwünschten Regionalautonomie und einer scheinbaren Provinzialautonomie 1948 sowie einer nur teilweise gelungenen Rücksiedlung,
- das Paket und der Operationskalender 1969 mit einem historischen Kompromiss zwischen den Außenministern Kurt Waldheim (COT; WI erst nach seiner Amtszeit) und Aldo Moro, der das zweite verbesserte Autonomiestatut von 1972 ermöglichte und
- die Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen 1992 mit einer weitgehenden Verwirklichung der Autonomie.

Interessen. Mit ihm wurde eine eigenständige Autonomie für Südtirol nicht möglich, sondern verhindert. Mit dem Pariser Vertrag gelang es De Gasperi, den österreichischen Anspruch auf Rückgliederung abzuwehren, seine engeren Landsleute im Trentino in ein für sie attraktives Autonomiekonzept einzubeziehen, ihnen damit eine bevorzugte Sonderautonomie im Zentralstaat Italien zu geben, die widerspenstigen Deutschstämmigen im Norden der Grenzregion zu majorisieren und den für Italien strategisch wichtigen Brenner zu sichern. Es war ein nationalstaatlicher und regionalpolitischer Sieg für De Gasperi auf der ganzen Linie, der in diesem Fall nicht als Europäer handelte. Österreich versuchte bis Mitte der 1950er-Jahre die Südtiroler davon zu überzeugen, dass in Paris nicht mehr erreicht werden konnte, als Rom zu geben bereit war, Wien aber auf die Einhaltung der Bestimmungen achten werde.

Österreich sollte sich mit dem Staatsvertragsabschluss ab 1955 allmählich in einer

Schutzmacht-Rolle für die Südtiroler wiederfinden, nämlich als die Illoyalität Italiens als Partner des Pariser Vertrags offenkundiger werden sollte. Wien übernahm diese Funktion nicht aus freien Stücken, sondern wurde von den regionalen Eliten dazu gedrängt. Die eigentliche Rolle eines Schutzmanns hatte das Bundesland Tirol inne. Die ungelöste Autonomiefrage für Südtirol bewegte sich im doppelten Spannungsfeld zwischen Trient und Rom. Aus dieser Mischung entstand eine explosive Stimmung (1955–1958). Die kompromisslose Position der Trentiner war eine wesentliche Ursache für die Eskalation des Konflikts und die Entladung der aufgestauten Frustration in den 1960er-Jahren. Die seit Mitte der 1950er Jahre einsetzenden und sich ab 1961 steigern den Attentate, die auf „Los-von-Rom“ abzielten, konnten weder die (erwünschte) Selbstbestimmung noch die (unerwünschte) Autonomie erreichen, aber die italienische Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam machen sowie Rom und Wien

an den Verhandlungstisch bewegen.

## STARKE PERSÖNLICHKEITEN FORCIEREN SÜDTIROL-POLITIK

Eine aktive Neutralitätspolitik bildete die Basis für eine neue selbstbewusste österreichische Südtirol-Politik. Es kam zusätzlich auf das Wirken starker nationaler und regionaler Politikerpersönlichkeiten an. Es waren herausragende Einzelpersonlichkeiten wie die Sozialisten Bruno Kreisky und Giuseppe Saragat, die Christdemokraten Josef Klaus (Rd), Hermann Withalm (Nc), Mariano Rumor und Aldo Moro, Alois Mock (Nc) und Giulio Andreotti auf der höchsten Ebene oder Ludwig Steiner (AIn) und Alcide De Gasperi hinter den Kulissen, die entscheidend zur Konfliktbereinigung beitrugen. Als Landeshauptleute hatten die Realpolitiker und Pragmatiker Silvius Magnago (R-D) und Eduard Wallnöfer (Le) sowie Luis Durnwalder (Grei und Rh-I im ÖKV) und Alois Partl (Am, Le) erheblichen Anteil an der Herbeiführung der definitiven Autonomielösung (1972, 1992).



19. Juni 1992, New York: Der österreichische UNO-Botschafter Peter Hohenfellner (links) und sein italienischer Amtskollege Vieri Traxler (Mitte) bei der Übergabe der Streitbeilegungserklärung an UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali.



Ein gesteigertes österreichisches Südtirol-Engagement wurde am Tiber stets mit gewisser Sorge registriert. Weniger Österreich, sondern vielmehr das hinter ihm befindliche deutsche Potential wurde als echte Gefahr gesehen. Dieser Gefühlszustand wurde durch die deutsche Einheit und das Entstehen eines neuen Deutschlands im Jahre 1990 nicht geringer. Auf der Ebene der Landespolitik (Bayern, Baden-Württemberg) sowie des Verbands- und Vereinswesens wurde Südtirol auf kulturell-ideelle Art, besonders in Form von wirtschaftlich-finanzieller Unterstützung („Stille Hilfe“, Betriebsansiedlungen), v.a. aber durch den ab den 1970er-Jahren immer stärker werden den Tourismus aus Deutschland gestärkt. Während die deutsche Politik offiziell Neutralität bewahrte, half das deutsche Wirtschaftspotential den Südtirolern beim Überleben als Minderheit. Dieser Trend war bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren am Beispiel der „Heimatfernen“, jener aus Arbeitsstellenmangel bedingten Motiven das Land verlassenden Südtiroler erkennbar, die vor allem in Deutschland eine berufliche

## „Die Südtirolfrage sollte kein Hindernis für Österreichs außenwirtschaftliche und integrationspolitische Interessen sein.“

Zukunft fanden. Weniger Österreich als das hinter ihm liegende deutsche Potential war ausschlaggebend für subkutane Ängste in Rom. Italien konnte dieser Art von versteckter deutscher Schutzmacht-Wirkung kein wirksames Mittel entgegensetzen.

### ÖSTERREICH HAT MEHR ERREICHT ALS ITALIEN

Die österreichische Südtirol-Politik hatte oftmals Vorwirkungsfunktion mit Blick auf die Europa- und Integrationspolitik. Sie verstand sich hierbei als Vorleistung für italienisches Wohlwollen in der Frage des Verhältnisses Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, z.B. in den Jahren 1966–1969 oder 1989–1992. Mit

anderen Worten: Die Südtirolfrage sollte kein Hindernis für Österreichs außenwirtschaftliche und integrationspolitische Interessen sein. Im Rückblick und gemessen an den ursprünglichen Zielsetzungen beider Seiten hat die österreichische Südtirol-Politik weit mehr erreicht als die römische: Italien wollte seit 1945 die Brenner-Grenze sichern, den Südtirolern so wenig wie möglich Autonomie zugestehen und à la longue eine Majorisierung des deutschsprachigen Bevölkerungselements herbeiführen.

Österreich versuchte nach Scheitern der Selbstbestimmung für Südtirol die Brenner-Grenze durchlässiger zu machen, für die Südtiroler so

viel wie möglich Autonomie zu erwirken und den ethnischen Bestand der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe zu sichern. In allen drei Punkten hat die Ballhausplatz-Diplomatie – flankiert von einer hartnäckigen Tiroler und einer widerständigen Südtiroler Politik – mehr Ausdauer und Erfolg gehabt. Italien ist mit seiner Südtirol-Politik der Refaschisierung und der Majorisierung durch Zuwanderung gescheitert. Mit einer der am meisten subventionierten Regionen muss Rom bis heute beträchtliche Mittel aufwenden, um die Südtiroler „bei der Stange zu halten“. Vieles hätte Italien bei einer großzügigeren Haltung in Autonomiefragen in den 1940er- und 1950er-Jahren wohl „billiger“ haben können. Südtirol erlebte einen Wirtschaftsaufschwung und Modernisierungsboom ungeahnten Ausmaßes. Die Autonome Provinz Bozen ist nach wie vor eine prosperierende Region Europas und viel spricht dafür, dass es dabei bleibt.



**Univ.-Prof. Dr. Michael Gehler**

geboren in Innsbruck, war Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck und leitet derzeit das Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim. Er ist Mitglied der Österr. Akademie der Wissenschaften.

**Ihr NOTAR in Ihrer Nähe bietet mit seiner NOTARTREUHANDBANK AG bewährte QUALITÄT und SICHERHEIT**

**Unsere Vorteile:**

- Sicherheit für den Klienten
- Sicherheit für die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV-Sicherheit

Das Vertrauen geht auf unser Konto





[www.notar.at](http://www.notar.at)



# DAS „PAKET“ MAGNA CHARTA DER SÜDTIROLER

WALTER OBWEXER



Am 5. September 1946 unterzeichneten die Außenminister Alcide De Gasperi (auch: De Gasperi) und Karl Gruber (AW) in Paris einen bilateralen Vertrag zwischen Italien und Österreich mit konkreten Verpflichtungen Italiens zu-

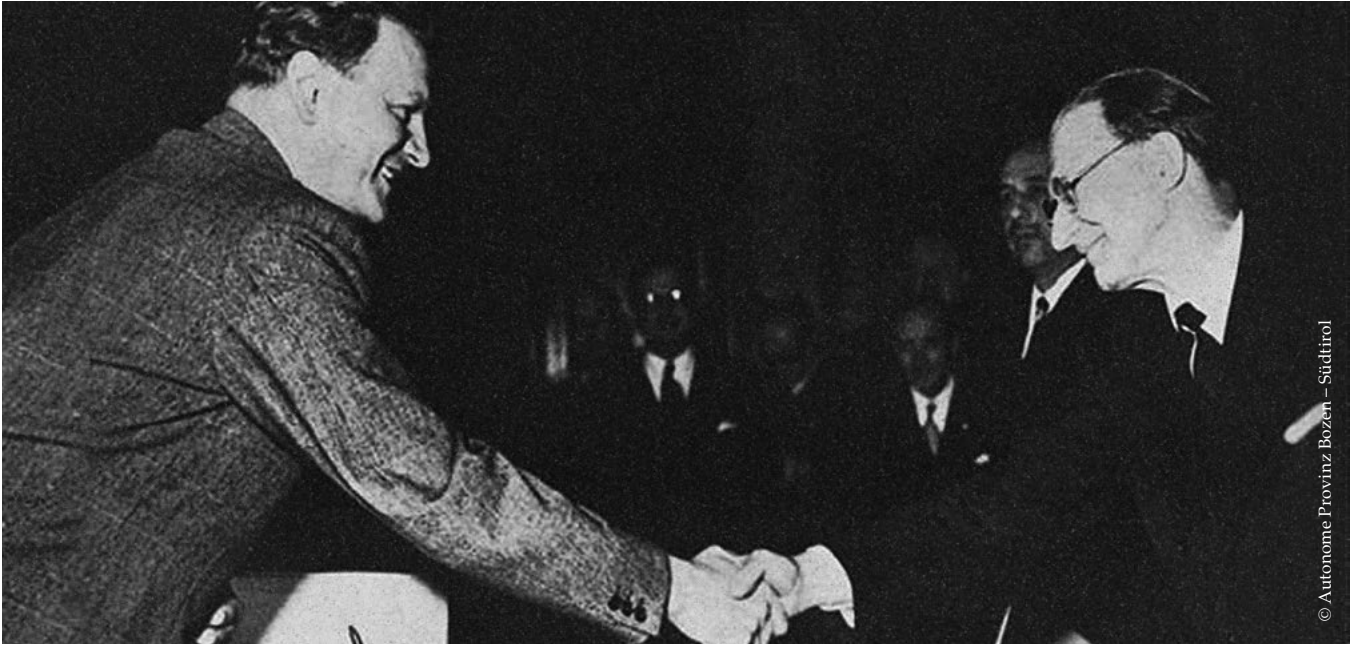
gunsten der deutschsprachigen Bewohner der Provinz Bozen. Diese betreffen die Unterrichtssprache an Grund- und Sekundarschulen, den Ämterzugang, die Orts- und Familiennamen, eine autonome Gesetzgebung und Vollziehung für

die Provinz Bozen, die Anerkennung von Diplomen sowie den Personen- und Güterverkehr. Dieses „Gruber-Degasperi-Abkommen“ wurde 1947 zusätzlich in den Friedensvertrag Italiens mit den Siegermächten des Weltkriegs selbst auf-

genommen, und zwar als Annex IV.

## EWG-BEITRITT BERÜHRT ABKOMMEN NICHT

Einige Jahre später beteiligte Italien sich am Prozess der europäischen Integration



© Autonome Provinz Bozen – Südtirol

Das Pariser Abkommen wird häufig mit diesem Bild von Außenminister Karl Gruber (AW) und Degasperi verbunden. In Wirklichkeit wurde dieses Foto fünfeneinhalb Jahre später in Rom aufgenommen, anlässlich der Unterzeichnung des italienisch-österreichischen Kulturabkommens. Von der Unterzeichnung des Pariser Abkommens gibt es keine Bilder.

und wurde Gründungsmitgliedstaat der EGKS sowie der EWG und der EAG. Nach geltendem Völkerrecht durfte Italien dabei aber keine Verpflichtungen eingehen, die mit seinen (früheren) Verpflichtungen aus dem Pariser Vertrag nicht vereinbar gewesen wären. Dies war nicht der Fall, weil der einschlägige EWG-Vertrag damals keine Verpflichtungen zum Inhalt hatte, die mit dem Pariser Vertrag nicht kompatibel gewesen wären. Bei inhaltlichen Weiterentwicklungen des EWG-Vertrags war der Pariser Vertrag als Vertrag mit Drittstaaten (insbesondere Österreich) durch die Unberührtheitsklausel für Altverträge geschützt.

### 1995: ANPASSUNG AN UNIONSRECHT

Am 30. November 1969 vereinbarten die Außenminister

Kurt Waldheim (COT; später WI) und Aldo Moro das „Paket“ mit 137 konkreten Maßnahmen, die Italien durchzuführen hatte. Es stellt zwar keinen völkerrechtlichen Vertrag dar, wurde aber durch den Operationskalender international abgesichert. Bei seinem Abschluss durfte Italien als EG-Mitgliedstaat gegenüber Österreich keine Verpflichtungen mehr eingehen, die mit dem damaligen Gemeinschaftsrecht inkompatibel gewesen wären. Die Unberührtheitsklausel für Altverträge schützte das Paket nicht. Die darin enthaltenen Vorgaben für Italien sind nämlich nicht älter als die Verpflichtungen Italiens aus dem E(W)G-Vertrag. Die Paket-Maßnahmen standen jedoch dem damaligen Gemeinschaftsrecht – zumindest bei ihrer Annahme Ende November 1969 – nicht entgegen.

Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurden einige wenige Bestimmungen des Pariser Vertrags durch inhaltlich weiter gehende Bestimmungen des EU-Rechts ersetzt und obsolet: der freie Personen- und Güterverkehr zwischen Nord- und Osttirol und der erleichterte Austausch von Erzeugnissen und Gütern zwischen Österreich und Italien (das sog. Accordinò). Gleichzeitig wurde der Pariser Vertrag zu einem sogenannten se-Abkommen von EU-Mitgliedstaaten. Seither ist dieser Vertrag ebenso wie das Paket als spätere – zum Teil vertragsauslegende, zum Teil vertragsgestaltende – Praxis nur noch insoweit anwendbar, als die darin normierten Verpflichtungen Italiens mit dem geltenden Unionsrecht vereinbar sind. Das supranationale Unionsrecht geht dem Pariser Vertrag und – insbesondere – dem Paket

vor. Davon betroffen sind allerdings nur einige wenige, wenn auch wichtige Bestimmungen, u.a. der ethnische Proporz, die Sprachgruppen-erhebung, die Sprachenregelung und das Schulsystem. Die gegenständlichen Minderheitenschutzinstrumente sind jedoch nicht an sich unionsrechtswidrig, sondern müssen lediglich den unionsrechtlichen Vorgaben angepasst, insbesondere für Unionsbürger aus anderen Mitgliedstaaten geöffnet werden.

### VERTRAG UND PAKET SIND NICHT OBSOLET

Im Verhältnis zu jenen Vertragsparteien des italienischen Friedensvertrages, die nicht Mitgliedstaaten der EU geworden sind (u.a. die USA, Russland und China), hat Italien seine Verpflichtungen aus dem Pariser Ver-



trag hingegen vollinhaltlich einzuhalten. Bei einer allfälligen – aber unwahrscheinlichen – Unvereinbarkeit mit dem Unionsrecht wäre Italien unionsrechtlich verpflichtet, diese mit Hilfe der anderen Mitgliedstaaten unter Einsatz aller völkerrechtlich zulässigen Mittel zu beheben.

Die seit 1995 realisierte weitere Vertiefung der EU brachte u.a. einen unionsweit geltenden Mindeststandard an Minderheitenschutz. Dieser liegt allerdings inhaltlich unter dem Schutzstandard, den der Pariser Vertrag und das Paket für die deutschsprachige und die ladinischsprachige Volksgruppe in Südtirol garantieren. Daher gelten beide Schutzinstrumente auch

im EU-Kontext weiter und sind nicht obsolet geworden.

### PARISER VERTRAG HAT BESTAND

Dem folgend besteht auch die aus dem Pariser Vertrag resultierende Schutzfunktion Österreichs in der EU fort. Der Grundsatz der „Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen“ wird nämlich nicht verletzt, wenn ein EU-Mitgliedstaat von einem anderen die Einhaltung eines geltenden völkerrechtlichen Vertrags

samt späterer Praxis einfordert und kontrolliert. Die Schutzfunktion Österreichs wird dabei materiell zwar durch das Unionsrecht begrenzt. Gleichzeitig werden die der Schutzmacht offen stehenden völkerrechtlichen Mittel (Gespräche, Verhandlungen, Demarchen, Klage beim IGH, der 1992 in einem Vertrag zwischen Österreich und Italien explizit für Streitigkeiten aus dem Pariser Vertrag zuständig gemacht wurde) durch zusätzliche Möglichkeiten ergänzt, die sich aus der engen Zusam-

menarbeit der Mitgliedstaaten in der EU ergeben.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Pariser Vertrag selbst im supranationalen Kontext der EU weitgehend erhalten geblieben ist und weiterhin Bestand hat. Dem Vertrag selbst und der späteren Praxis des Pakets kommt als Magna Charta der in Südtirol lebenden Deutsch- und Ladinischsprachigen nach wie vor besondere Bedeutung zu. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das EU-Recht im Kollisionsfall vorgeht.



**Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer (Le)**

geboren in Brixen, ist seit 2012 Universitätsprofessor für Europarecht, Völkerrecht und Internationale Beziehungen. Überdies ist er Mitglied des EU-Beirates der österreichischen Bundesregierung und wissenschaftlicher Berater der Südtiroler Landesregierung.

# FÜR DICH, FÜR ALLE, FÜR ÖSTERREICH!



Unsere Bauern ernten nicht nur genug Lebensmittel für ganz Österreich, sondern auch einmal ein Dankeschön. Weil sie sich jeden Tag darum kümmern, dass wir daheim die einzigartige Qualität und den unverkennbaren Geschmack der Heimat genießen können. Darauf dürfen sie stolz sein. Denn ihre Arbeit hat einen ganz besonderen Wert für unser Land.

DEINE  BAUERN

DEINEBAUERN.AT

# ÜBER DIE FARBFLÄCHE IM WETTERBERICHT, ODER: SÜDTIROL ANDERS BETRACHTET

GREGOR GATSCHER-RIEDL

Als die alte Monarchie auf dem grünen Filz der Pariser Konferenztische seziert wurde, durchschnitt die so geschaffene Ordnung über Jahrhunderte gewachsene Zusammenhänge. Böhmen, Mähren, Galizien, die Bukowina, das Küstenland oder Dalmatien gingen in „Nachfolgestaaten“ auf, wobei in den meisten Fällen ein bereits bestehender Status quo verschriftlicht wurde. Auch Bundesländer mussten Gebiete abtreten: Teile Kärntens, der Steiermark und der häufig vergessene niederösterreichische Gerichtsbezirk Feldsberg (Valtice) wechselten zu den eben gebildeten Nationalstaaten der Südslawen und der Tschechoslowaken, unbeschadet ihrer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung. Diese Regionen werden im ORF-Wetterbericht nicht farblich und mit Tageshöchstwerten ausgewiesen. Ohne Zweifel würde sich auch die „urbs fidelissima“ Triest, immerhin ab 1382 österreichisch, über ein wenig Aufmerksamkeit vom Küniglberg freuen.

In Feldsberg mit seinem prachtvollen Schloss der

Liechtenstein betrug der Anteil der nichtdeutschen Muttersprachler nur 3%, ausschlaggebend für die Prager Gebietsansprüche war die eingleisige Bahnstrecke zwischen den mährischen Städten Nikolsburg (Mikulov) und Lundenburg (Břeclav). Im Gegensatz zu Südtirol ist das Schicksal dieses Landstrichs aber lediglich Experten der lokalen Zeitschichte und den Anwälten der nach 1945 entschädigungslos enteigneten Fürsten Liechtenstein geläufig.

Die Entwicklung Südtirols hingegen ist bis heute in der Lage ist, einen Budenabend ebenso wie einen Wirtshaustisch in Empörung zu versetzen. Die Ehrfurcht vor dem gedruckten Wort verbietet die Wiedergabe der dabei bemühten Epitheta, doch bieten diese auch keine hinlängliche Erklärung für einen gerade in Ostösterreich direkt proportional zu den vertilgten Getränken anwachsenden Trennungsschmerz. Woher kommt diese Solidarisierung, die innerhalb der Grenzen des „Heiligen Landes Tirol“ ja noch mit familiären oder lo-

kalpatriotischen Betroffenheiten erklärt werden könnte, in Linz, St. Pölten oder Wiener Neustadt außerhalb der Zirkel heimwehgeplagter Tiroler Expatriates zumindest räumlich deplatziert wirkt?

Weil der Wein so gut schmeckt? Weil die Berge schön sind? Weil die Luft in Meran so wohl tut? Die Antworten sind vielfältig und wenig konkret, auch der begeisterte Sänger an der Kneiptafel kann sich seine Vorlieben für Bergsteigergesänge mit fallenden Felsbrocken, einschichtige Almhütten und Aufenthalte in König Laurins Rosengarten rational nicht wirklich erklären. Es scheint sich tatsächlich um eine diffuse Sehnsucht zu handeln, einen „Mythos Südtirol“, in dem sich vorgebliches und tatsächliches Heldentum, lange Abende in der Pergola oder am knackenden Kachelofen und urige, geradezu antimoderne Bärbeißigkeit bündeln.

Für den Studentenhistoriker bekommt das alpine Idyll erste Risse, wenn man die „Fatti di Innsbruck“, die Handgreiflichkeiten rund um die italienischsprachige Rechtsfakultät in Innsbruck 1904 betrachtet. Dies kann ein erster Hinweis darauf sein, dass es sich bei „unserem Südtirol“ um ein Durchgangs- und Brückenland samt ethnisch diverser, keinesfalls ausschließlich deutschsprachiger Bevölkerung handeln könnte. Vielleicht ist ein Blinzeln durch die gar nicht so schmalen Ritzen der Geschichte auch gar nicht erst versucht worden, weder von der einen noch von der anderen Seite. Möglicherweise verstellen die Wucht dicht geschnürter und mit „Autonomie“ beschrifteter Pakete, (Absender: Wien und Rom), samt apostelgleicher, von den Landtagen breitestmöglich beschickter „Zwölferkommissionen“ einen differenzierten Blick auf ein emotionales Kuriosum Austriacum.



**Gregor Gatscher-Riedl (NBW)**

in Mitteleuropa verwurzelter Historiker, Buchautor und Journalist mit Interessenskreis von Vaduz bis Podwołoczyska.



# BURSCHE HERAUS?

HERBERT KASPAR

Auffallend war die unterschiedliche Behandlung von Sekt-Chef Pilnacek und der WKStA-Chefin Vrabl-Sandá. Während nämlich dieser für ein Gespräch mit zwei Beschuldigten (über das er korrekt einen Aktenvermerk angelegt hatte!) gerügt und letztlich entmachtet wurde, führte ein wesentlich brisanteres Gespräch der Staatsanwaltschafts-Chefin (worüber sie *keinen* Aktenvermerk angelegt hatte) zu keinerlei Konsequenzen. Auch die nicht zulässige, heimliche Aufnahme einer Dienstbesprechung durch die WKStA, die mit ursächlich für die Abmontierung Pilnaceks wurde, blieb folgenlos.

Zweierlei Maß charakterisiert auch die Linie der Staatsanwaltschaft, die weder beim Krankenhaus Nord (mehrere Jahre Verzug, eine halbe Milliarde Mehrkosten und rund zahllose Baumängel) noch bei der Mattersburger Pleitebank einen „Anfangsverdacht“ erblickte. Dafür hat man mit einer höchst fragwürdigen – so die Beurteilung des Gerichtes, das die Angeklagten freisprach – Anklage in Sachen

„Stadterweiterungsfonds“ versucht, vier Spitzenbeamte zu kriminalisieren. Die Herren waren leider bei der „falschen“ Partei.

„Baby-Hitler töten“ titelte samt Fadenkreuz ein deutsches Linksblatt in Richtung Sebastian Kurz und in Österreich sind noch die Karikaturen des kiffenden Jesus in Erinnerung oder der „Falter“, der Kurz als „Feschist“ sprachlich feinsinnig positionierte. Wir haben gelernt: „Satire darf alles“ - das gehört zur Freiheit der Kunst und wer das nicht versteht ist ein provinzieller Sumper. Nur wenn die SPÖ-Chefin in den OÖ Nachrichten als Nummergirl dargestellt wird, ist der Aufschrei groß, denn auch bei der Meinungsfreiheit wird mit zweierlei Maß gemessen; sie gilt nur, wenn es gegen die „Richtigen“ geht.

Als sich etwa ein paar Dutzend Kleinwalsertaler nach zehn Wochen Isolation freuten – erstmals seit 1973 (!) - wieder einmal einen Bundeskanzler begrüßen zu können, löste dies einen medialen Shitstorm aus, während die

selben Medien die unkontrollierte Ansammlung von 50.000 Antirassismus-Protestierern auf engster Tuchfühlung – weitgehend ohne Mundschutz – begeistert feierten. (Fronleichnam-Processionen waren hingegen unerwünscht).

Apropos „Black Lives Matter“ – es ist schon eine bemerkenswerte Leistung in einem Land ohne koloniale Vergangenheit und Sklaverei solche Massen auf die Beine zu bringen. Wenn aber Unterdrückung und Menschenrechte ein so wichtiges Motiv sind, fragt man sich, warum sich hierzulande *niemand* findet, der etwa gegen die eklatante und brutale Unterdrückung der Menschenrechte und Abschaffung der Demokratie in Hongkong demonstriert? Kritik an einem kommunistischen System passt ganz offensichtlich nicht in die Agenda dieser selbst-ernannten „Zivilgesellschaft“.

Diese Einseitigkeit zeigt sich auch beim Denkmalsturm. Während weltweit Denkmäler entfernt werden fand heuer in Gelsenkirchen ein „Festakt zur Enthüllung der ersten Lenin-Statue in Westdeutschland“ statt. Da wurde also über 100 Jahre nach dem fälschlicherweise als „Revolution“ titulierten Oktoberputsch einem Massenmörder ein Denkmal gesetzt.

Es geht – auch hier – um das „richtige“ Thema. Die Diskurslosigkeit darüber hat die bürgerliche Mitte längst verloren – eine schweigende Mehrheit, die zu träge geworden ist wirkmächtige Kampagnen zu organisieren, sei es zu „großen“ Themen wie China, Weißrussland, der Ukraine, der weltweiten Christenverfolgung oder „nur“ zur Misswirtschaft im Roten Wien.

„Burschen heraus!“ möchte man rufen – aber wer würde noch mitgehen?



**Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)**

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

# DROGEN UND POLITIK IN DER TÜRKEI VON HEUTE

**Redaktioneller Hinweis:**  
Dieser Beitrag wurde von der  
Redaktion aus Platzgründen  
erheblich gekürzt.  
Die vollständige und  
detailliertere Version ist auf  
**www.academia.or.at**  
nachzulesen. Beide  
 Fassungen sind vom Autor  
 autorisiert worden.

Am 15. April 2020 wurde der türkische Mafiaboss Alaettin Çakıcı im Zuge der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie (Entlastung der überfüllten Gefängnisse) aus der Haft entlassen. Die Amnestierung gewöhnlicher Krimineller war erwartet worden, ebenso dass politische Gefangene – Oppositionspolitiker, Intellektuelle, Künstler – nicht entlassen werden. Der Fall Çakıcı aber wirft Fragen auf.

WALTER POSCH



**W**ie die meisten mediterranen und muslimischen Länder verfügt die Türkei über eine einflussreiche Unterwelt, die im Volksmund heute mafya genannt wird. Das sind in der Regel clan- oder regionalbasierte, kriminelle Netzwerke, die aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nicht wegzudenken sind und enormen Ein-

fluss haben. Ihre Geschichte reicht bis in die osmanische Zeit zurück.

Drogen waren und sind eine ihrer Haupteinnahmequellen. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde vor allem Opium produziert, danach in Istanbul immer mehr Heroin. Türkisches Heroin fand über armenische und griechische

Verbindungen zur korsischen Mafia seinen Weg über Marseille in die USA („French Connection“).

## DROGEN UND POLITIK

Die Beziehungen der türkischen MafiACLans zur Politik und zum Geheimdienstmilieu sind bekannt und gut dokumentiert. In der Regel

wurden konservative Parteien oder die faschistische MHP unterstützt. Andererseits sind auch Bosse bekannt, die der politischen Linken nahestanden, wie der aus dem kurdischen Lice stammenden Behçet „Beco“ Cantürk (1950–1994), ein Drogen- und Waffenhändler, der die PKK zumindest finanziell unterstützte. 1994

wurde er entführt und ermordet, noch immer besteht der Verdacht, dass der Mord von den Sicherheitskräften verübt wurde.

Cantürk war vor seinem Tod von Hüseyin Baybaşın gewarnt worden, dass er auf einer geheimen Schwarzen Liste der zu ermordenden kurdischen Geschäftsleute und Drogenhändler stehe. Baybaşın verbüßt seit 1998 wegen mehrfachen Mordes und Drogenhandels eine lebenslange Haftstrafe in den Niederlanden. 2014 schrieb die Tageszeitung Milliyet unter Berufung auf Zeugenaussagen vor Gericht, dass es 1995 niemand Geringerer als der türkische Sicherheitsdirektor Mehmet Ağar war, der Baybaşın in Den Haag diese ominöse Schwarze Liste zeigte. Im Gegenzug verlangte er, dieser möge den „Idealisten“ (ülküçüler, also den Grauen Wölfen) den Drogenhandel in Europa erleichtern.

Um diese Zeit galt der Baybaşın-Clan bereits als größter Heroinlieferant Europas und Hüseyin Baybaşın als Europas Pablo Escobar. 1998 wurden die Einkünfte des Clans aus dem Drogengeschäft auf 16 bis 45 Milliarden Dollar geschätzt. Das Vermögen wurde gewinnbringend in der Tourismusindustrie, vor allem in Hotels in verschiedenen Mittelmeerländern und in Großbritannien angelegt.

Cantürk und Baybaşın gelten als linke Drogenhändler. Vor allem Cantürk wird gerne

als Beweis für die Involvierung linker Untergrundorganisationen wie der PKK im Drogengeschäft angeführt. In der Mitte des politischen Spektrums stand die schillerndste Figur der türkischen Unterwelt: Mehmet Nabi İnciler (1938–1993) genannt İnci Baba aus Urfa. Den Kern seiner Unternehmen bildeten Baugewerbe, Scheckbetrug und Drogenhandel. Er präsentierte sich gern als Mäzen und Filmliebhaber und war politisch bestens vernetzt. Den türkischen Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten Süleyman Demirel (1925–2015) kannte er seit langem. Dieser lud ihn auch zu offiziellen Empfängen ein und nahm ihn auf Auslandsreisen mit, unter anderem in die USA, wo İnci Baba am Grab des bekannten Mafioso Al Capone einen Kranz niederlegte. İnci Baba kam 1993 bei einem Streit zwischen seinem Neffen und seinem Leibwächter ums Leben, als sich ein Schuss löste.

### **DIE LANGEN ARME DER MHP**

In der Regel steht die türkische Mafia weit rechts, das trifft selbst auf die meisten kurdischen Gruppen zu. Einen besonderen Stellenwert haben und hatten rechtsextreme Banden, die entweder direkt bei der Jugendbewegung der rechtsextremen MHP, den sogenannten Grauen Wölfen sozialisiert wurden und mit dem türkischen Geheimdienst direkt oder indirekt kooperierten – vor allem in Form von Anschlügen und Drohungen



gegen linke, kurdische und armenische Aktivisten und Terrorgruppen im In- und Ausland.

In dieses Milieu gehören auch Alaettin Çakıcı und sein Schwiegervater, Dündar Kılıç (1935–1999). Dieser war bereits mit 25 der führende Gangsterboss in Ankara und hatte den Ruf eines gutherzigen Paten, weil er Schutzgeld von anderen Kriminellen verlangte und bedürftige Familien unterstützte. 1984 wurde er in einer großen Polizeiaktion, der „Babalar Operasyonu“, verhaftet und mit anderen Drogen- und Waffenhändlern wie Behçet Cantürk verurteilt, konnte aber seine Geschäfte ohne Probleme aus dem Gefängnis heraus fortsetzen. 1999 starb er an Atemwegversagen.

### **DER GRAUE WOLF – DIE KARRIERE DES ALAEETTIN ÇAKICI**

Noch vor dem Tod Kılıçs machte Çakıcı seinem Schwiegervater die Rolle

des Bosses der Bosse streitig. Çakıcı wuchs in Istanbul auf, die Familie war tief in den Strukturen der MHP verwurzelt. 1980 wurde er wie die meisten militanten Anhänger politischer Gruppen verhaftet, ihm wurde Involvierung in 41 politische Morde vorgeworfen, 1982 folgte aufgrund von Beweismangel die Entlassung. 1991 war er endgültig in der High Society angekommen, ein handgreiflicher Streit mit einem Konkurrenten wurde durch die Intervention des anwesenden Premierministers Turgut Özal und renommierter Geschäftsleute beigelegt.

1995 ließ er seine geschiedene Gattin vor den Augen ihres aus ihrer ersten Ehe stammenden 13-jährigen Sohnes ermorden. Nach seiner Verurteilung floh er ins Ausland. Erst 1998 wurde er in Nizza verhaftet und an die Türkei ausgeliefert, blieb aber nur bis 2002 in Haft. 2004 wurde er wieder angeklagt, weil er vom Gefängnis aus einen Anschlag auf einen Sport-



klub in Istanbul (Karagürük) verüben ließ.

Der neuerlichen Verhaftung entzog er sich wieder durch Flucht. Im Juli besuchte er seinen Sohn aus erster Ehe Ali, der in Graz studierte, wo er nach einem Tipp der türkischen Behörden verhaftet und von den Österreichern nach einer neuerlichen Verurteilung in Wien ausgeliefert wurde. In der Türkei wieder vor Gericht gestellt, berief er sich in der Regel auf seine Verdienste um das Vaterland („Ja ich bin ein Krimineller, aber ich bin kein Vaterlandsverräter“, so ein Zitat aus 2018). Çakıcı verbrachte die folgenden Jahre in mehreren Hochsicherheitsgefängnissen, wo er, wie in der Türkei üblich, seine eigene Parallelherrschaft einrichtete. Mehrmals ließ er Wächter verprügeln, angezeigt wurde er deshalb nie. Seine Besuchszeit wurde damals auf 11 Stunden pro Tag ausgeweitet.

Çakıcı genoss weiterhin die volle Unterstützung der MHP, die sich seit 2016 für seine Freilassung engagierte und die mit der AKP Recep Tayyip Erdoğan seit Jahren eine Koalitionsregierung bildet. Verärgert über die Balkonrede Präsident Erdoğan nach den Wahlen vom Juni 2018, in der dieser den Koalitionspartner, MHP-Parteilführer Bahçeli mit keinem Wort erwähnte, bedrohte Çakıcı den Präsidenten unter anderem mit den Worten: „Du bist nicht der Herr des Staates. Vergiss nicht, du

bist nur ein Reisender (yolcu), und die Idealisten (ülkücüler, Graue Wölfe) und die türkischen Nationalisten und alle Patrioten, egal welcher Volksgruppe sie angehören, sind die Betreiber der Herberge (hancılar).“ Und weiter: „Verinnerliche, dass ich kein Gassenbub und kein Kleinkrimineller bin.“

Nicht nur, dass er Erdoğan mit dem einfachen „du“ (sen) anspricht, sondern ihn auch mit dem Tod bedroht, indem er das aus dem Volksislam stammende Motiv bemüht, wonach Menschen Reisende (yolcu) sind und das Diesseits eine temporäre Herberge (han). Die Grauen Wölfe als Betreiber der Herberge (hancılar), sind also die Herren über Leben und Tod. Und schließlich spielt er auf die Herkunft Erdoğan aus Kasımpaşa an, ein Bezirk der Kleinkriminellen, die vor den echten Mafiosi in die Knie gehen.

### **ERDOGAN – MITTENDRIN IM GENERATIONENKONFLIKT?**

Präsident Erdoğan ist nicht dafür bekannt, dass er Beleidigungen einfach auf sich sitzen lässt. So gesehen ist die Freilassung Çakıcıs als Stärkung des ultranationalistischen Koalitionspartners MHP zu lesen. Nimmt man die Biographie Çakıcıs als Richtschnur, ist mit ei-

ner weiteren Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen (Sunniten und Aleviten) und Volksgruppen (Türken und Kurden) zu rechnen. Linksorientierte Aktivisten fassen seine Freilassung auch schon als konkrete Bedrohung auf.

Andererseits ist Erdoğan ein erfahrener Politiker, der gefährlichere politische Krisen meisterte, nicht zuletzt den Putschversuch von 2016 und den Bruch mit den Gülenisten. Was nun die Frage der organisierten Kriminalität und der Rechtsextremisten betrifft, so hat es Erdoğan geschafft, sich der Unterstützung der Osmanlı Ocakları zu versichern. Ihr politischer Kurs ist islamischer als jener der Grauen Wölfe und sie sehen sich vor allem Erdoğan gegenüber verpflichtet. Sie werden vom wichtigsten Vertreter der jüngeren Mafiageneration unterstützt, von Sedat Peker.

Sedat Peker wuchs in München auf und kehrte in den 1990er Jahren in die Türkei zurück, wo er 1997 wegen Mordes an einem Schmuggler verurteilt wurde und eine kurze Haftstrafe verbüßte. Auch nach weiteren Verhaftungen 2005 und 2013 kam er stets nach kurzer Zeit wieder frei. Nach dem Putsch 2016 schwor er Erdoğan öffentlich die Treue.

Nach der Freilassung Çakıcıs war Peker der erste, der sich negativ äußerte. Er bezeichnete ihn als jemanden, dessen Epoche zu Ende gegangen ist und setzte noch eine Reihe, auch für das türkische Mafiamilieu kräftige Beleidigungen hinzu.

Die Auseinandersetzungen zwischen Peker und Çakıcı müssen jedoch als Verhandlungstaktik gesehen werden. Im April 2020 versöhnten sich die beiden, wobei Çakıcı die Rolle des Leitwolfs hat. Mittlerweile gibt es sogar einen eigenen Twitter Account: @AlaattinPeker. Dadurch ist ein Krieg im nationalistischen Spektrum des Milieus abgewendet und der Übergang zur jüngeren Generation aufgeschoben worden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, dass Çakıcı und Peker ihre geschäftlichen und politisch-ideologischen Aktivitäten in Europa verstärken. Das kann nur gegen die Interessen des Baybaşın-Clan gehen, der nicht nur mit Heroin handelt, sondern auch der wichtigste türkisch-kurdische Akteur im Kokainhandel ist. Vor dem Hintergrund des neuen Interesses der türkischen Heroinmafia am Kokain wird die türkische Anwesenheit in Libyen interessant. Das Land ist nämlich Endpunkt der südamerikanisch-westafrikanischen Kokainroute nach Europa.



**Dr. Walter Posch (Alp, Fre)**

ist Orientalist im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie. Er studierte Turkologie und Islamkunde in Wien (Mag.phil) und promovierte im Jahr 2000 im Fach Iranistik an der Universität Bamberg.

# DIE QUARANTÄNE

## SCHRECKGESPENST UND NOTWENDIGES ÜBEL

Ihre Chancen, neben „Corona“ zum Unwort des Jahres 2020 gewählt zu werden, stehen gut. Die Chancen, mit ihrer Hilfe die Ausbreitung von Corona zu verhindern, sind nicht minder groß. Genau hier beginnt das Dilemma, denn Quarantäne bedeutet gleichzeitig Freiheitsentziehung. Arbeit, Versammlungsfreiheit und Mobilität können gefährdet sein.

GOTTFRIED FORSTHUBER



**W**er infiziert ist, ist nicht zwingend krank. Dennoch wird ein Infizierter als Kranker in der Statistik geführt. Warum? Das Gesundheitsministerium spricht hier von „internationalen Vorgaben“ der WHO. Wer positiv getestet ist und in der Folge aus welchem Grund auch immer stirbt, ist ein Corona-Toter. Inwieweit diese beiden Umstände für die Qualität der statistischen Aussage

und vor allem das Vertrauen in die daraus abgeleiteten Maßnahmen förderlich sind, möge jeder für sich entscheiden. Immerhin können und werden Existenzen mit politischen und rechtlichen Maßnahmen in einer Weise berührt, die allenfalls unbegründet und fatal sind. Wer als Entscheidungsträger daher Vertrauen schaffen will, muss und soll auf Transparenz setzen. Wer als Ent-

scheidungsträger Kritiker herabwürdigt und nicht ernst nimmt, wird früher oder später ein Durchsetzungsproblem haben. Außer er ist Diktator oder willens, Methoden eines Überwachungsstaates anzuwenden.

### SHOOT THE MESSENGER

Solange also in Österreich nur eine scheinbare Transparenz mit krawalljourna-

listischen Überschriften á la „Das geheime Corona-Cluster“; „Schon 30.000 Corona-Kranke“ und kaum veröffentlichten Entscheidungsgrundlagen aus dem „Corona-Krisenstab“ die Handlungen bestimmen, wird es berechtigte Kritik geben. Diese Kritik nicht ernst zu nehmen, wäre ein fatales Zeichen für unserer Demokratie. Das gilt auch für die zum Zeitpunkt die-

# COVID, DIE ARBEIT UND DER URLAUB

## Coronabedingte Verhinderung?

Es kommt darauf an, ob der Arbeitnehmer seine mögliche Infektion, Quarantäne oder gar Erkrankung selbst verschuldet hat. Bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit gibt es keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung, Freistellung und/oder die Arbeit selbst. Darüber hinaus sind in diesem Fall Schadenersatzansprüche an den Arbeitnehmer denkbar, wenn der Ausfall längere Zeit andauert und etwa Terminarbeiten nicht rechtzeitig abgeschlossen werden können.

## Schadenersatz?

Eine Quarantäne aufgrund mangelhafter Tests oder unrichtig interpretierter Testergebnisse, ist vom Betroffenen unverschuldet und kann Schadenersatzansprüche sowohl von Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerseite, begründen.

## Freistellung wegen Covid-Alarms?

Bei Verdacht einer Infektion muss der Arbeitgeber die Freistellung bis zum Vorliegen eines Testergebnisses oder dem Ende der Quarantäne dem Arbeitnehmer gewähren. Das ergibt sich auch aus der Pflicht des Arbeitgebers die übrigen Beschäftigten vor Ansteckung zu schützen.

## Ist Heimarbeit Pflicht?

Wenn Telearbeit („Home-Office“) möglich ist, kann sie nur bei Vereinbarung im Arbeitsvertrag angeordnet werden. Einvernehmlich ist jedoch alles möglich. Ansonsten bleibt nur die Dienstfreistellung des Arbeitnehmers.

## Entgeltfortzahlung?

Bei unverschuldeter Quarantäne/Infektion ist eine Entgeltfortzahlung möglich (Einzelfallentscheidung; vgl. „Krankenstand im Urlaub“, gesundheitsbewusstes Verhalten).

## Reisewarnung?

Wer in ein Land fährt, das vom Außenministerium mit einer Reisewarnung belegt wurde, reist auf eigene Gefahr. Nämliches gilt wohl auch für eine Warnung der „Corona-Ampel“. Darüberhinaus ist ein Verbot bestimmter Reisen durch den Arbeitgeber nicht möglich, selbst wenn sie aus Gründen der „allgemeinen Fürsorgepflicht“ verboten werden.

## Gratis-Storno wegen Corona?

Erkrankt man selbst oder muss in Quarantäne, liegt dies innerhalb des eigenen Verantwortungsbereiches. Außer der (Reise-)Vertrag sieht eine entsprechende Kündigungsklausel vor. Sicherheit bringt eine Versicherung.

ses Artikels geführte Debatte in Deutschland über das Untersagen einer „Corona-Demo“. Man muss mit den Demonstranten nicht einer Meinung sein. Aber jeder soll und muss das Recht haben, seine Meinung zu artikulieren. Nachhaltig helfen nur Transparenz und ein aufrichtiger Diskurs – und keine Repressalien. Ansonsten ist es zu Denkverboten und der Einordnung in „gute Demo“ (Black lives matters) und „böse Demo“ (Corona-Maßnahmen-Kritiker versammeln sich) nicht weit. Die neu geschaffene, ständig tagende „Corona-Kommission“ ist hoffentlich ein erster Schritt in Richtung Transparenz. Die Berichterstattung beginnt sich nach einer Zuspitzung wieder etwas zu verbreitern und zu versachlichen. Auf beides wartet der Praxistest.

## ALLES BEGINNT MIT DEM TEST

Nun zur Wurzel: Der PCR-Test ist die Grundlage zahlreicher behördlicher und politischer Maßnahmen. Wer aus welchem Grund auch immer einen PCR Test absolviert, soll daher unbedingt darauf achten, sich eingehend über die Qualität des verwendeten Tests, dessen Handhabung und Transport zu informieren. Denn wie schon anerkannte Mediziner nachgewiesen haben, besteht eine geringe, aber in der Folge erschreckende Ungenauigkeit im Testergebnis, die sich durch die Anzahl der durchgeführten Tests potenziert (www.nytimes.

com/2020/08/29/health/coronavirus-testing.html). Wer vermeiden will zur Gruppe der „asymptomatisch Erkrankten“ zu gehören, die keine Infektion aufweisen, da sie nur falsch-positiv getestet wurden und deshalb in der Quarantäne festsitzen, sollte sich über die Qualität des jeweiligen PCR-Tests informieren. Eine kurze Nachfrage beim Labor wird nicht ausreichen. Angesichts der ständig voranschreitenden Entwicklung ist es geboten, zumindest eine zweite Meinung über Hersteller und Produkt einzuholen.

## DIE KRITIK

Ein Aspekt ist jedoch – auch bei höchster Genauigkeit – vom Einzelnen nicht beherrschbar: Der PCR-Test funktioniert nur bei einer hohen Durchseuchung der Gesellschaft richtig gut. Der gleiche Test kann in unterschiedlichen Regionen unterschiedliche Ergebnisse liefern, wenn die Anzahl der Infizierten erheblich schwankt. Im Idealfall setzt man daher keine Handlung, die einen Test erforderlich macht. Sich jedoch im Verdachtsfall oder einer berufsbedingten Notwendigkeit (Medizin, Gesundheitsberufe) dem Test zu entziehen, wäre nicht nur unverantwortlich und vorsätzlich, sondern hätte allenfalls – bei potentieller (!) Gefährdung anderer – strafrechtliche Konsequenzen zur Folge. Der Gesetzgeber gewichtet daher aufgrund dieser bekannten Faktenlage (mehr zu diesem



Thema im Standard vom 25. Juli) ein falsch-positives Ergebnis zu Gunsten der Sicherheit des persönlichen Umfelds stärker als eine zu Unrecht verhängte Quarantänemaßnahme.

Vereinfacht: „Wir wissen, die Tests funktionieren nicht hundertprozentig, aber derzeit gehen wir auf Nummer sicher, da eine Erkrankung schwerwiegende Folgen haben kann.“ Diese Tatsache in einer von Schwarz-weiß dominierten Debatte darzustellen, wäre ein weiterer Schritt in Richtung Versachlichung und Transparenz. Angst und Panikmache hatten wir bis jetzt schon mehr als genug.

### WANN IST EIN TEST ERFORDERLICH?

Gegenwärtig, wenn man freiwillig unter der Rufnummer 1450 Kontakt aufnimmt oder aus dem Ausland einreist. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung besteht nur aufgrund behördlicher Anordnung (zB „Massentest nach Corona-Fall im Fitnesscenter“), wobei hierbei auf die Rechtsgrundlage des jeweiligen Bescheids zu achten ist.

### QUARANTÄNE WANN?

Was passiert rechtlich betrachtet, wenn ein positives Ergebnis auf SARS-CoV-2 vorliegt? Die zuständige BH oder das Magistrat erlässt einen Quarantänebescheid, der aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Regelung für die ersten 48 Stunden auch mündlich (!)



*„Angst und Panikmache hatten wir bis jetzt schon mehr als genug.“*

erlassen werden kann. Quarantäne heißt für den Einzelnen Freiheitsentziehung, heißt vor allem Verbleib in der eigenen Wohnung und das Verbot Besuch zu empfangen. Heißt: Kein Gassi-gehen, kein Einkaufen, kein Arbeitsbesuch, kein Schneeschaukeln im Winter und so weiter. Eine abgeschwächte Variante ist die „Verkehrsbeschränkung“ einer Person, die ihr bestimmte Handlungen (etwa das Treffen bestimmter Personen) untersagt.

### ERFREULICHER NEBENEFFEKT

Wenn über eine natürliche oder juristische Person bzw. unternehmensrechtliche Personen (OG, KG etc) die Quarantäne verhängt wurde, wird eine Vergütung von der Republik für den Verdienstentgang bezahlt. Wie hoch diese für Unternehmer

ausfällt, regelt die „EpG 1950-Berechnungs-Verordnung“. (Weitere Infos: <https://forsthuber.at>)

### FREIHEITSBESCHRÄNKUNG WANN?

Man bedenke: Auch Einschränkungen des öffentlichen Lebens (Platzverbote, Sperrstunden, Reiseeinschränkungen etc.) sind im weitesten Sinne Quarantänemaßnahmen beziehungsweise Freiheitsentziehungsmaßnahmen gegenüber der Allgemeinheit.

Jede Beschränkung der persönlichen Freiheit ist dann möglich, wenn Grund zur Annahme besteht, dass die

Person eine Gefahrenquelle für die Ausbreitung ansteckender Krankheiten ist. Demnach besteht kein Zweifel, dass damit nur die Freiheit jener Personen beschränkt werden darf, von denen eine Gefahr ausgeht, weil sie entweder infiziert sind oder zumindest ein konkreter Verdacht besteht.

Für eine darüber hinausgehende Internierung von Menschen durch Betretungsverbote des öffentlichen Raumes gibt es keine Grundlage und wird vom Gesetzgeber noch überdacht werden müssen. Ansonsten stehen die Chancen gut, dass sich der Verfassungsgerichtshof neuerlich mit dieser Frage befassen wird. Die Qualität der Gesetz- und Ordnungsgebung muss ab sofort merkbar verbessert werden.

### WAS MAN SICH VON POLITIK, MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT DRINGEND WÜNSCHT:

1. Mehr Transparenz in der Debatte (etwa in Sachen „Qualität der PCR-Tests“).
2. Risikoabwägung und Gewichtung des Gesetzgebers darstellen.
3. Mehr Verfassungskonformität, Präzision und Qualität in Gesetz- und Ordnungsgebung („Reißt euch z'amm“).



**Mag. Gottfried Forsthuber (V-B)**

\*1983, ist Rechtsanwalt bei Forsthuber & Partner, Insolvenzverwalter und Gemeinderat in Baden bei Wien.  
Infos: [forsthuber.at](https://forsthuber.at)

# SCHULE UND CORONA: „WIR SCHAFF(T)EN DAS!“

Als am 12. März Bildungsminister Faßmann verkündete: „Die Schule schließt, der Unterricht geht weiter“, hat das zum Teil für ungläubiges Staunen bzw. Zweifeln gesorgt. Jetzt, ein halbes Jahr später wissen wir, dass Schule das tatsächlich kann!

MATTHIAS HOFER



**A**nfang März begann die Coronakrise spürbar zu werden, nicht zuletzt auch durch die schrecklichen Berichte aus Italien. Wer bis dahin der Meinung war, ohne Mathematik ginge es auch im Leben, wurde durch die eindrucksvollen Grafiken der Mathematiker der TU Wien eines Besseren belehrt. Noch am frühen Nachmittag des 11. März berichtete Bildungsminister Faßmann in einer Besprechung, dass mit

der Schließung der Schulen frühestens in zwei Wochen, beginnend mit der Oberstufe, zu rechnen sei. Man plane eine Verlängerung der Osterferien nach vorne und wolle nach den Ferien wieder in den regulären Präsenzunterricht zurückkehren. Doch die dramatisch steigenden Infektionszahlen machten diesen Plan binnen weniger Stunden zunichte. Am Abend des 11. März war klar, die Schließung der

Schulen erfolgt schon fünf Tage später am 16. März, nicht nur für die Oberstufe, sondern für alle Schüler. Die Schulen hatten also genau zwei reguläre Schultage und das Wochenende Zeit zur Vorbereitung des Homeschoolings.

## LEHRER SIND NICHT LEICHT ERSETZBAR

Die Nutzung digitaler Plattformen und Kommunika-

tionsmittel wurde praktisch über Nacht zum neuen schulischen Alltag, private Computerausstattung wurde dem Bildungssystem zur Verfügung gestellt, denn ohne diese Privat-Geräte wäre das Distance learning nicht möglich gewesen. Vorschriften und Informationen änderten sich an manchen Tagen sogar stündlich. Arbeitsaufträge inklusive schriftlichem Feedback, Videobotschaften, Hilfe bei der Erstellung von

Arbeitsplänen, intensiver Austausch im Chatroom, Videokonferenzen und viele, viele Einzelgespräche sind nur einige Beispiele für das hohe Maß an Engagement und Herzblut von Lehrern, das notwendig war, um Schüler und deren Eltern während des Distance learnings gut zu begleiten. Viele Lehrer gingen dabei – nicht zuletzt aufgrund der Doppelbelastung aus Homeoffice und der Betreuung eigener Kinder – bis an ihr Belastungslimit. Sehr schnell haben auch Schüler wie Eltern festgestellt, dass ihnen die Schule fehlt – den Schülern vor allem ihre Mitschüler, den Eltern kam die Erkenntnis, als „Ersatzlehrer“ relativ rasch an Grenzen zu stoßen.

### ZUSÄTZLICHE BETREUNGSLEISTUNGEN

Die Zeit des Homeschooling stellte alle Beteiligten vor enorme Herausforderungen, verlangte von allen viel Kraft und Engagement, ließ aber in vielen Fällen die Klassengemeinschaft, die Schulgemeinschaft und generell den Zusammenhalt im Schulfüge und darüber hinaus in unserem Land stärker werden. So standen die Schulen stets für die Betreuung der Kinder jener Eltern offen, die Österreich in systemrelevanten Berufen am Laufen hielten, auch an Zwickeltagen nach Landesfeiertagen, in den Osterferien oder an den Zwickeltagen nach Christi Himmelfahrt und Fronleichnam. Allein in den Osterferien standen bundesweit



ca. 22.000 Lehrpersonen bereit, um letztendlich etwas mehr als 4.500 Kinder zu betreuen. Zu den zwei Wochen Sommerschule des Bildungsministeriums am Ende der Sommerferien kamen in vielen Bundesländern, Städten und Gemeinden weitere Betreuungsangebote hinzu. In Tirol bot etwa das Land vier weitere Betreuungswochen im Rahmen der Tiroler Sommerschule an. Bei all diesen Angeboten wirkten Lehrer freiwillig und teilweise auch unentgeltlich mit.

Natürlich verlief das Homeschooling nicht ohne Probleme. Speziell am Beginn waren Internetleitung und Lernplattformen oft heillos überlastet. So wie in der Lehrerschaft unterschiedlich ausgeprägte Digital-Affinitäten zu Tage traten, gab es auch in manchen Familien eine zu schwache Internetanbindung oder zu wenig Endgeräte. Die Familien wurden hier von Bund und Ländern mit Leihgeräten und leistungsfähigen Internetanschlüssen unterstützt. In der Lehrerschaft unterstützten oftmals die jüngeren die älteren Kollegen beim Umgang mit den digitalen Werkzeugen.

In einem Balanceakt zwischen Sicherheit und Freiheit versuchte man ab Mitte Mai zu einer gewissen schulischen Normalität zurückzukehren, die es den Schülern unter strengen Hygienevorschriften und nur in jeweils halber Klassenstärke ermöglichte, das Schuljahr gut abzuschließen. Gestützt auf mehrere Umfragen unter den Eltern kann man sagen, dass die Schule aufgrund der konstruktiven und wohlwollenden Zusammenarbeit aller Schulpartner diese Herausforderung gut gemeistert hat. Und sie wird das auch im neuen Schuljahr, denn Corona ist noch nicht vorbei.

### EIN TABLET MACHT NOCH KEINE DIGITALISIERUNG

Natürlich muss man aus dieser Krise Schlüsse für die Zukunft der Schule ziehen. Das Stichwort Digitalisierung wird dabei immer wieder genannt, denn der Nachholbedarf bei der schulischen Hard- und Software-Ausstat-

tung wurde durch Corona offensichtlich. Aber auch wenn die Elektronik-Industrie nun den schwächelnden Tablet-Markt ankurbeln möchte: Ein Tablet für alle macht noch keine Digitalisierung im Bildungsbereich! Die derzeit gängigen Lernplattformen sind mit einem Tablet – wenn überhaupt – nur sehr mühsam zu benutzen. Es braucht auch keine undifferenzierte Gießkanne, sondern vor allem gute Unterstützung für sozial schwächere Familien. Und wenn man den Umgang mancher Schüler mit ihren Schulbüchern kennt, dann kann man daraus recht einfach die eher kurze Lebensdauer eines Schul-Tablets hochrechnen. Doch wenn etwas im Homeschooling ganz besonders deutlich geworden ist, dann die Tatsache, dass auch die beste Technik den persönlichen Kontakt mit Klassenkollegen und Lehrpersonen nicht ersetzen kann.

Das vergangene Schuljahr wird nach einer seriösen Evaluierung wohl als eines der innovativsten in die Schulgeschichte eingehen. Schüler, Eltern und Lehrer haben in den Corona-Wochen viel gelernt und vor allem bewiesen, dass Schule auch mit großen Herausforderungen umgehen kann. Und das ist eigentlich eines der schönsten Komplimente, das wir unserem Bildungssystem machen können.



**Mag. Matthias Hofer (Alp)**

ist Vorsitzender der Personalvertretung der Tiroler AHS-Lehrer und Bundesobmann der AHS-Lehrer im ÖAAB.



# „SELBSTVERSORGUNG MUSS STAATSZIEL WERDEN“

Nö. Bauernbunddirektor Paul Nemecek (BLW) im Academia-Gespräch über die neue Sicherheitskampagne der bäuerlichen Landesvertretung und die Lehren, die unsere Gesellschaft aus der Corona-Krise ziehen muss.



*Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht über die Corona-Entwicklung in den Medien berichten. Wie hast Du die Krise bis jetzt erlebt?*

Zu Beginn der Krise habe ich vor allem viel Unsicherheit in der Bevölkerung erlebt.

Das hat sich niemand vorstellen können, dass man in den Supermarkt geht und die Lebensmittelregale leer sind. Kein Brot, kein Fleisch, keine Milch, kein Gemüse. Aber genau das ist zu Beginn der Corona-Krise passiert. Der Freitag, der 13. März, wurde

zum Tag der leeren Regale. Hamsterkäufe, völlig überforderte Handelsriesen, sogar das Bundesheer hat eingreifen müssen.

Und wären da nicht unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern gewesen, die sofort für Nachschub gesorgt ha-

ben, wären die Regale tagelang, wenn nicht wochenlang leer geblieben. Ganz Europa wurde ja von einem Tag auf den anderen heruntergefahren und zugesperrt. Als die Grenzen dicht waren, war Österreich ganz auf sich alleine gestellt. Und nein, es

sind nicht die Handelsriesen, die für Versorgungssicherheit mit Lebensmittel sorgen. Sie stellen die Regale auf und unsere Bäuerinnen und Bauern befüllen sie.

*Bei den Schutzmasken war es in punkto Nachschub immer eine Zitterpartie. Könnte es bei Lebensmitteln auch einmal soweit kommen?*

Ich hoffe nicht, aber die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir als Staat verwundbar geworden sind. Im Medizinbereich gab es zu wenig Medikamenten, Impfstoffe und Schutzausrüstung „Made in Austria“ oder „Made in Europe“. Da war sich dann jeder Staat selbst der nächste, es wurden Flieger beschlagnahmt und Schutzmasken ausgeräumt. Im Umkehrschluss heißt das für Lebensmittel: Wenn wir in dieser Situation nicht in der Lage gewesen wären, unsere Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen, hätten wir ein echtes Problem gehabt. Dann wäre aus der Corona-Krise nicht nur eine Wirtschaftskrise entstanden, sondern auch eine Hungerskrise. Damit das auch in Zukunft nicht



Seit Jänner diesen Jahres ist der 33-jährige Wieselburger **Ing. Paul Nemecek MSc (BLW)** Direktor des NÖ Bauernbundes. Nemecek ist Absolvent des Francisco Josephinum und studierter Agrar- und Technologiemanager.

passieren kann, müssen wir jetzt die richtigen Lehren aus der Corona-Krise ziehen.

*Und welche Lehren wären das?*

Pauschal gesagt, müssen wir die Versorgung in den systemrelevanten Bereichen sicherstellen. Das fängt an bei der Gesundheitsversorgung, über Bargeld, Energie und geht bis zur Lebensmittelversorgung. Das ist ein Thema, das ist viel breiter als die Landwirtschaft. Und dazu haben wir im Nö. Bauernbund auch eine neue Kampagne unter dem Motto „Für Dich, für Alle, für Österreich“

gestartet, wo wir die Versorgungssicherheit bewusst aufgreifen und vor allem auch im städtischen Bereich thematisieren.

*Auch der Lebensmittelsektor ist vor Corona nicht gefeit, wie die Entwicklung beim Tönnies-Fleisch gezeigt hat. Müssen wir uns in Österreich auf Ähnliches einstellen?*

Tönnies ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Zentralismus und Abhängigkeit von einzelnen Standorten niederschlagen kann. Das sehen jetzt auch die deutschen Nachbarn. Am Schlacht-

hof Tönnies werden so viele Schweine geschlachtet, dass ganz Österreich von diesem einen Schlachthof versorgt werden könnte. Für die Zukunft muss die heimische Politik den Boden so aufbereiten, dass wir nicht in dieselbe Misere und noch mehr Abhängigkeit schlittern. Viele politische Maßnahmen werden dazu nötig sein – Stichwort Herkunftskennzeichnung, Österreich-Bonus oder ein Umdenken in der EU-Agrar- und Freihandelspolitik. Dabei ist es für uns mehr als selbstverständlich, dass das Thema Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln ausreichend Platz in unserer Gesetzgebung – nämlich in der Verfassung – findet.

*Warum soll die Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln in die Verfassung? Und vor allem: Wie soll das also konkret umgesetzt werden, damit ein solcher Satz in der Verfassung nicht bloß schmuckes Beiwerk bleibt? Bedrucktes Papier allein ändert ja noch nichts an der Realität.*







Unsere Gesetze regeln viele wichtige Bereiche, die das Funktionieren unseres Staats gewährleisten. Das Thema Selbstversorgung mit Lebensmitteln hat hier einfach noch nicht den Stellenwert, den es sich verdient hat. Das wollen wir ändern. Denn besonders unsere Verfassung schützt und regelt das, was uns wichtig ist. Verfassungsbestimmungen, insbesondere Staatsziele als „bloßes schmuckes Beiwerk“ zu bezeichnen halte ich schlichtweg für unrichtig, denn sie bilden in der Gesetzeswerdung für die Politik als auch für Entscheidungen an Gerichtshöfen so etwas wie einen Handlauf.

Spätestens seit Corona ist jedem klar: Die heimischen Konsumentinnen und Konsumenten schätzen die harte Arbeit, die Jahr für Jahr und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von unseren Bäuerinnen und Bauern geleistet wird. Und wir können hier keine Kompromisse eingehen. Wir dürfen diese

Lebensmittelversorgung weder auf Sand bauen, noch dafür verbrannte Erde hinterlassen. Ich bin mir sicher, dass die Österreicherinnen und Österreicher ihr Rindfleisch lieber vom heimischen Bauernhof beziehen, als von brandgerodeten Regenwaldflächen aus Übersee. Oder dass unsere Erdäpfel besser aus der Weinviertler Erde kommen sollten, statt aus ägyptischem Sand.

*Du sprichst die Kennzeichnung der Lebensmittelherkunft an, oder?*

Genau. Auch bei der Herkunftskennzeichnung werden weitere Schritte nötig sein. Vor allem, wenn der Bund für seine Einrichtungen, für Großküchen, Spitäler, Universitäten etc. einkauft, muss er hier als Vorreiter vorgehen und die Herkunft klar anzeigen. Denn auch die heimischen Konsumentinnen und Konsumenten haben mit ihrem verstärkten Griff zu regionalen Produkten in

der Krise eines ganz klar bewiesen: Besser vom Bauernmarkt, als vom Weltmarkt!

*Es gibt ja auch in Österreich Lebensmittel, wo die Eigenversorgung zu wünschen übrig lässt und wo wir sehr abhängig sind. Wie siehst Du diese Entwicklung?*

Ja, zum Beispiel bei der Pute: Hier haben wir zwar die international höchsten Tierwohl-Standards, aber dafür kommt schon knapp die Hälfte des heimischen Bedarfs, also jedes zweite Kilo Putenfleisch, aus dem Ausland – weil Putenfleisch unter niedrigen Standards im Ausland eben billiger produziert werden kann. Gleichzeitig will die EU aber das Freihandelsabkommen Mercosur abschließen, obwohl wir uns zum Beispiel mit über 100 Prozent selbst mit heimischem Rindfleisch versorgen können. So etwas darf es nicht spielen. Da bin ich froh, dass wir auch Rückendeckung von unserem Bundeskanzler Sebastian

Kurz bekommen haben, der laut auch die Einführung von CO2-Zöllen auf weitgereiste Lebensmittel fordert.

*Wir sind bei Schweine- oder Rindfleisch in Österreich noch auf Eigenversorgungsniveau, Soja hingegen importieren wir massenhaft aus Übersee. Notwendigerweise?*

Hier ist ganz klar die Europäische Union am Zug. Wenn die EU einen „Green Deal“ ernsthaft anstrebt, dann muss eine europaweite Eiweißstrategie hier wesentlicher Teil davon sein. Dass Europa seinen Eiweißbedarf selbst decken kann, ist nicht nur eine Frage der Versorgungssicherheit im Krisenfall, sondern vielmehr auch eine Notwendigkeit beim Klimaschutz. Lieber gentechnikfreien Soja direkt vor der eigenen Haustüre wissen, als auf Rohstoffe aus Übersee angewiesen sein. In unserem kleinen Österreich tragen wir schon jetzt einen maßgeblichen Teil an der europäischen Sojaproduktion bei.



*Ein Riesenproblem ist der Flächenfraß, das Zubetonieren Österreichs mit atemberaubender Geschwindigkeit. Täglich wird eine Fläche von 17 Fußballfeldern versiegelt, in den letzten 50 Jahren haben wir 25% der landwirtschaftlichen Fläche verloren. Ein Riesenproblem für die Lebensmittelproduktion und die Natur – was tut der Bauernbund dagegen?*

Der Verlust von wertvollem Grund und Boden, welchen wir für die Versorgung unserer Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln dringend benötigen, ist in der Tat eine große Herausforderung unserer Zeit geworden.

Mir bereitet hier im Besonderen folgende Entwicklung große Sorgen: Durch den sogenannten „Green Deal“ der EU droht der Flächenverbrauch zusätzlich beschleunigt zu werden. Das hört sich zunächst ungewöhnlich an, aber was meine ich damit: Wenn wir unsere Wiesen und Äcker zukünftig nicht mehr zur Lebensmittelproduktion verwenden, sondern, wie in diesem unseligen „Green Deal“ vorgesehen, darauf riesige Photovoltaikanlagen errichten, beziehungsweise gleich komplett außer Nutzung stellen und „verwildern“ lassen, dann droht zusätzliche Abhängigkeit vom Ausland in Bezug auf unser

Essen. Hier muss besonders gelten: Photovoltaikanlagen gehören auf unsere Dächer, nicht auf unsere Wiesen – und unsere Äcker sind kein Spielplatz für irgendwelche Grünen Fantasten.

*Du bist seit dreiviertel Jahr Bauernbunddirektor. Welche Schwerpunkte hast Du Dir gesetzt?*

Die Selbstversorgung ist ein zentrales Thema. Dafür müssen wir auch schauen, dass die jungen Betriebsnachfolger und aktiven Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive haben. Sie müssen wieder mehr Einkommen zum Auskommen haben. Da bin ich froh, dass auf Bundesebene

hier vor kurzem ein langfristig wirksames Maßnahmenpaket beschlossen wurde, das über 400 Millionen für Entlastungen und Investitionen bringt. Es ist auch wichtig, dass wir hinsichtlich der neuen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik und deren Finanzierung vollste Rückendeckung unseres Bundeskanzlers genießen. Damit unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft weiter hochqualitative Lebensmittel erzeugen können, brauchen sie wirksame Werkzeuge – beispielsweise beim Pflanzenschutz. Auch hier schließt sich wieder der Kreis zur Selbstversorgung, die das oberste Ziel in unserem Land sein muss.

schallaburg

# DONAU

## Menschen Schätze & Kulturen

Vom Schwarzen Meer  
zur Schallaburg

SCHIFF  
AHO!

TIPP:  
TICKETS  
GLEICH  
ONLINE  
BUCHEN!

01.06 - 08.11.2020  
SCHALLABURG

SCHALLABURG.at

Bezahlt Anzeige GRUPPEGUT.IT

# „IN ALLEN GUTEN STUNDEN ...

... erhöht von Lieb' und Wein / soll dieses Lied verbunden / von uns gesungen sein!“  
So dichtet der Geheimrat, wenn er an erfüllende Geselligkeit denkt. Gemeinsam singen, trinken (nein, nein, nicht zu viel!), beisammen sein. Einander auch mal umarmen. Das macht die guten Stunden. Und es ist aktuell verboten. Oder nicht? Zumindest ist dringlichst abzuraten. Macht aber nichts. Es ist ja nicht lebensnotwendig. Wir haben immerhin den ganz privaten Bereich. Und das Öffentlich-Politische.

Doch wie steht es um das große Dazwischen, all das, was Gesellschaft gestaltet und erfüllt? Sind Vereinswesen, Kunst und Kultur, Wissenschaft, Veranstaltungen und Stammtische entbehrlich?

LUCAS SEMMELMEYER



**P**lötzlich war Covid da, in pandemischer Form gleichsam über Nacht. Die Regierung tat das einzig Mögliche: Sie zog die Reißleine. Praktisch über Nacht war das gesellschaftliche Leben am Boden. Alle waren froh, der scheinbar unmittelbaren Lebensgefahr durch scheinbare Freiheit im Privaten und Teilhabe am Politischen

(nicht auf der Straße oder im Gespräch, wohl aber im Internet) entronnen zu sein. Tür zu – Computer an. Was macht das mit einem? Was macht das mit einer Gesellschaft?

Die Maßnahmen, ja selbst das Spielen mit der Angst, waren wahrscheinlich politisch notwendig, jedenfalls

aber epidemiologisch erfolgreich. Doch gab es einen Preis: Corona hat das gesellschaftliche Leben massiv verändert. Wir haben uns daran gewöhnt, im Anderen primär eine Quelle der Gefahr zu sehen. Was mögen die psychologischen Folgen sein? Wie werden wir einander in Zukunft gegenüberreten? Wie verändert das eine

Gesellschaft? Zum privaten Bereich gibt es mittlerweile (leider) einige Evidenz, um zu quantifizierbaren psychologischen und soziologischen Aussagen zu kommen. Auch im Öffentlichen hat die Politologie schon Ansätze geliefert, wie sich Diskurs und Meinungsbildung verändert haben. Zur breitgefächerten Mitte dazwischen, alles was

gesellschaftliches Leben ist, nicht Staat und auch nicht privat, fehlt es schlichtweg an Daten. Die Fragen aber sind jetzt schon manifest.

## GESELLSCHAFTLICHES LEBEN ZWISCHEN BIERZELT UND BÜHNENSPIEL

Der Mensch ist ein geselliges Wesen. Wir sind in vielfacher Weise aufeinander bezogen. Wie organisiert sich gesellschaftliches Leben in Österreich? Der ÖCV, größter Akademikerverband des Landes, besteht aus 50 Mitgliedsverbindungen in allen Universitätsstädten. Machen wir uns nichts vor: Das Verbindungsleben ist gegenwärtig eigentlich tot. Gelegentliche Treffen im Freien, Online-Conven- te und gesellige Abende über Webcam können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das physische Miteinander die eigentliche Substanz des gemeinsamen Vereinslebens ist.

Man muss von einem Leersemester sprechen. Jene ausgesuchten Veranstaltungen, die unter Vorlage eines Präventionskonzepts und Einhaltung aller gesetzlicher Bestimmungen stattfinden, haben einen Haken: Es kommen die, die am wenigsten sollen. Ältere Mitglieder, die relevanteste Risikogruppe also, spüren in besonderer Weise Sehnsucht nach geselligem Beisammensein.

Auch auf Verbandsebene fallen wesentliche Elemente aus: Die jährliche Cartellverbandsversammlung wird



lediglich aus einer formalen Tagung bestehen, gesellige Zusammenkünfte müssen entfallen.

Auf allen Ebenen geht es an die Substanz. Der Blick über den Tellerrand zeigt: Es geht allen so, Vereinen jeglicher Art. Die freiwillige Feuerwehr, oft das gesellschaftliche Zentrum dörflichen Lebens, muss ohne Zeltfeste auskommen, damit auch ohne die bedeutendste Einkunftsquelle des Jahres. Der Bereich Sport ist auf die sportliche Leistung konzentriert – und damit reduziert auf das Unwichtigste an ihm, könnte man schmunzelnd meinen. Kartenturniere, Zigarrenrunden, Jours-Fixes, Chöre (auch professionelle) und Kapellen, das gemeinsame Musizieren, das vielen die Welt bedeutet – weg! Pfarrliches Leben, auch jenseits der Liturgie – verkümmert! Theater, Konzerte

in Herbst und Winter -- für viele ein undenkbares Risiko, selbst wenn gespielt würde. Fördervereine und Netzwerke scheitern an ihrem ureigentlichen Selbstzweck gerade genauso, wie soziale Vereinigungen.

## GESELLSCHAFTLICHER DISKURS, ABSEITS DES ÖFFENTLICH-POLITISCHEN

Ein Lob dem Stammtisch! Jetzt wo es ihn nicht mehr gibt, wissen wir, was wir an ihm hatten. Ein niederschwelliges Forum war er, eine Agora ohne Anschauung der Klasse. Die Frage, was die Wiener im Herbst wählen werden, kann nicht mehr am Rande von Chorproben oder im Kaffeehaus diskutiert werden. Man liest jetzt Artikel und Foren und ärgert sich. Vorlesungen, Seminare, Privatissima, Enqueten, Diskussionsveranstaltungen und Vorträge für

jene, denen der Stammtisch zu schnöde ist, fallen als Plattform gesellschaftlichen Meinungsaustauschs weitgehend aus. Meinungs-Tausch-Aus, sozusagen. Auch ist es nicht die vornehmste Rolle von Kongressen, Stadthotels zu füllen, sondern aus dem Polylog wissenschaftlichen und sodann gesamtgesellschaftlichen Mehrwert zu ziehen.

Was bleibt? Medien konsumieren, sich in Online-Foren ergehen? Leserbrief schreiben. Oder seiner/m Abgeordneten. Demonstrieren ist schon ein Grenzfall. Wer das alles nicht abendfüllend findet, kann immer noch mit dem Ehepartner einen politischen Disput anzetteln, etwa über Rolle und Grenzen des Staates im eigenen Leben. Und bei Dir so? Emotionale Partizipation garantiert! Politik ist gerade so privat wie noch nie, seit dem Vormärz.

## STUMPFSENSIN DER GEWÖHNUNG

„Mir geht meine Tarockpartie ab“, sagt der Eine. Immerhin geht sie ihm noch ab. Die Menschen gewöhnen sich an vieles. Das klingt nach Trost, kann aber auch eine recht erschreckende Einsicht sein. Die Gewöhnung, so meinte schon Montaigne, stumpft unsere Sinne ab. Dagegen ist der allgemeine Sinn dafür, dass die Erhaltung der Gesundheit etwas sehr Wichtiges ist, aktuell durchaus geschärft. Die Abwesenheit von Schmerz und jeder Form



von körperlichem Leid darf als Grundvoraussetzung für das beständige Erleben von Glück gelten. Dabei die Gesundheit des Anderen als höheres Gut mitzudenken, im eigenen Verhalten solidarisch zu sein, ist gleichzeitig ethische Pflicht. So weit so gut.

Aber gibt es nicht jenseits der Vermeidung von Krankheit noch andere Aspekte, die im menschlichen Leben wesentlich und unverzichtbar sind? Muss dieses „höchste Gut“ (frei nach Anschöber) gleichzeitig zu einem kompletten Wegfall der Delineation anderer Güter führen? Haben die auf Twitter vielgescholtenen jungen Männer im Kroatien-Urlaub tatsächlich ihr soziales Gewissen versoffen? Oder

entspringt ihr Verhalten, das Verhalten von jungen Menschen in den Ferien, nicht vielleicht sogar einer ganz besonders gründlichen Güterabwegung? „Reiß Dich zusammen, Herr Minister“, wäre dann die geeignete Antwort.

Denn übrig bleibt die Frage, wozu es sich zu leben lohnt, wenn wir maßgeblichen sozialen, kulturellen, religiösen und intellektuellen Äußerungsformen auf Dauer entsagen. Wenn wir das nämlich auf Dauer tun, nicht bloß aus der Notwendigkeit für schmerzhaft Kompromisse auf Zeit, wenn wir uns, mit anderen Worten, daran gewöhnen, dann ist die Antwort auf die Frage, wozu es sich zu leben lohnt, recht

verengt: Um zu konsumieren, uns zu propagieren, das Pensionssystem zu erhalten und einem inhaltlich nicht näher ausdifferenzierten Wachstumsparadigma zuzuarbeiten. Die Gesellschaft als bloßer Entropiewiderstand – eine tierische Perspektive. Was auf Zeit notwendig, ja alternativlos sein mag, wäre auf Dauer ein unerträglicher Missstand, eine unverzeihliche menschliche Selbstverstümmelung.

### NEUE REALITÄT UND ALTE NORMALITÄT

Der Lockdown und die Zeit danach haben uns dramatisch vor Augen geführt, dass sich physische Nähe nicht vollständig und nachhaltig substituieren lässt. Die digitale Technik hat zwar viele neue Formate erschlossen, die uns auch in Zukunft erhalten bleiben und positiv bereichern werden. Gleichzeitig hat sich dadurch aber die Unersetzbarkeit körperlicher Gegenwart in eben jenen Kontexten besonders dramatisch erwiesen, in welchen sie nicht technisch ersetzbar ist. Viel wurde über die wirtschaftlichen Kosten des Lockdowns geschrieben und gesprochen. Manche Fragen sind aber vielleicht noch wichtiger, als die Sorge um das nachhaltige Geschäftsmodell von Skiliftbetreibern. Denn an den gesellschaft-

lichen und psychologischen Folgen werden wir noch länger zu nagen haben.

Um den Schaden zu minimieren, müssen wir jetzt den Diskurs führen, wie wir zur alten Normalität zurückkehren können, sobald dafür die medizinischen Grundlagen vorhanden sind. Die Leitfrage muss lauten: Was muss vorliegen, damit ein Leben mit allen gesellschaftlichen Freiheiten wieder möglich ist? Welche therapeutischen Erfolge erlauben welche gesamtgesellschaftlichen Lockerungen? Welche Bereiche in unserer Gemeinschaft sollen zuerst Zugang zur Impfung haben? Wie können wir, möglichst durch verbindliche Normen – also gesetzlich – gesellschaftliche Freiheiten auch angesichts zukünftiger Seuchenwellen sichern? Ist unser Epidemiegesetz von 1950 noch vollständig zeitgemäß? Letztlich wird aber auch all das nichts nützen, wenn die Erinnerung an die alte Normalität das kollektive Gedächtnis verlässt. Es bleibt vielleicht die Besinnung auf eine weitere Zeile des eingangs zitierten Lieds, als Ausdruck der Hoffnung für das Leben aller Vereine und Gemeinschaften in unserem Land: „So bleibt durch alle Zeiten / Herz Herdas nachhaltige Geschäftsmodell von Skiliftbetreibern. Denn an den gesellschaft-

AV Astoria Druck  
(1/4 87 x 116)



**Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)**

ist Theologe und Religionspädagoge. Diplomarbeit zur Religionschrift Immanuel Kants. Er lebt und lehrt in Wien.

# DER MOHR HAT SEINE SCHULDIGKEIT GETAN

GERHARD HARTMANN

Der infolge einer Polizeiaktion verursachte Tod eines Schwarzafrikaners im Mai 2020 in Minneapolis führte in den USA zu Denkmals-türmereien. Das setzte sich auch in Deutschland fort. Hier ginge es aber weniger um Denkmäler, sondern um Straßennamen, die unter anderem an die 1918 zu Ende gegangene deutsche Kolonialmacht in Afrika und Asien erinnern.

Der Sturm auf die Straßennamen, den wir seit den achtziger Jahren in Wien, Berlin, Köln und anderswo erleben, wird von einem magischen Glauben an die Macht der Namen angetrieben. Man meint, von ihnen gehe eine so starke Gefahr aus, daß sie gleichsam wie Fliegerbomben aus dem Weltkrieg entsorgt werden müssen. Getrieben wird dieser Furor von einer in der Regel linksverorteten vermeintlichen Elite, die nur ihre eigenen Maßstäbe gelten lassen will. In anderem ideologischen Gewand würden sie zu Recht verabscheut werden.

Im Juli 2020 ging es konkret gegen die Berliner Mohren-

straße bzw. die gleichnamige U-Bahnstation. Denn das Wort „Mohr“, so wird uns aufgeschwatzt, sei herabsetzend. Daher wollten die Berliner Verkehrsbetriebe die Station nach deren anderen Ausgang in Glinkastraße ändern. Doch dann stellte sich heraus, dass von dem Namensgeber Mihal Glinka, einem russischen Komponisten des 19. Jahrhunderts, zeittypische antisemitische Äußerungen überliefert sind. Doch zur Erinnerung: Der Name Mohr stammt von Maurus, womit im Lateinischen ein Bewohner Nordwestafrikas bezeichnet wurde (heutige Maghreb-Staaten). Auch der Name des Staates Mauretania leitete sich davon ab. Auf jeden Fall lebten und leben in dieser Gegend überwiegend Nicht-Schwarze. Von Maurus leiten sich auch der Name Mauritius und der Vornamen Moritz ab. Der hl. Mauritius war ein Märtyrer um das Jahr 300. Vor allem ab dem 14. Jahrhundert wird er in der Malerei als „Schwarzer“ dargestellt. Man wusste zwar, dass er aus Nordwestafrika stammte, jedoch wa-

ren im Hochmittelalter die Kenntnisse über die dortige Bevölkerung nicht mehr präsent. Und so wurde aus dem Mohren ein „Schwarzer, also ein Fehlschluss. Der „Mohr“ ist also keineswegs rassistisch, sondern allenfalls altertümlich.

Das alles ignorieren die Mohren-Verächter und ziehen gegen alles „Mohrische“, ob gegen Straßennamen, gegen Mohrenapotheken und – nicht zuletzt in Wien – gegen den „Mohr im Hemd“ – zu Feld. Sie ignorieren bei ihrem Tilgungsfuror auch, daß Straßennamen im alltagsnahen „kommunikativen Gedächtnis“ Orientierung geben. Für Alteingesessene sind sie Ankerpunkte der Beheimatung, die ihnen nun von „Tugendwächtern“ weggenommen werden.

Doch es mehren sich die Stimmen, die diesen aber auch anderen politisch-kor-

rekten Unfug kritisieren. Anfang August 2020 gab der grüne baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, ehemaliges Mitglied der Stuttgarter CV-Verbindung Carolingia, betreffend gendergerechte Sprache der dpa ein Interview: „Jeder soll noch so reden können, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Von diesem ganzen überspannten Sprachgehabe halte ich nichts.“ Auch der Begriff „Tugendterror“ wurde von ihm verwendet.

Andreas Kilb schrieb in diesen Zusammenhängen in der „Frankfurter Allgemeinen“ (25. 7. 2020): „Die Verdammung und Verleugnung des geschichtlich Gewordenen zugunsten einer scheinbar unumstößlichen Wahrheit lauert auch im Herzen der Political correctness. Heute sind es nur Bilder, Wörter und Statuen, die ‚gereinigt‘ werden. Morgen könnten es Köpfe sein.“



**Gerhard Hartmann (Baj, Ca, Cl, R-S, Fd)**

ist studierter Theologe und ÖCV-Historiker.

Er lebt und arbeitet in Nordrhein-Westfalen.

# DIE GEDANKEN SIND NOCH FREI – ABER NICHT IN UNGARN

Der Weg des Viktor Orbán ins Paradies des Illiberalismus verläuft über die Gräber der unabhängigen Medien.

**KARL A. SCHULTES**

Ein Heft wie diese ACADEMIA in der Hand zu halten, ist in Ungarn nicht mehr so selbstverständlich. Einerseits hat es eine Zeitschrift wie die ACADEMIA nie gegeben, andererseits sind während der letzten zehn Jahre fast alle unabhängigen Medien verschwunden oder auf Linie gebracht worden.

Begonnen hat dieser Prozess mit dem österreichischen Unternehmer Heinrich Pecina, der für Orbán ein paar Dutzend Regionalzeitungen aufkaufte. Was mit dem Chefredakteur und einigen Redakteuren des Regionalblattes „Somogyi Hirlap“ am Tag nach dem Kauf passierte, weiß ich aus erster Hand: Sie wurden gefeuert und stehen seither in Ungarn auf der schwarzen Liste.

Vor zehn Jahren ist Orbán an die Macht gekommen. Seine illiberale Machtausübung toleriert keine Kritik. In der Zwischenzeit sind mehr als 500 Nachrichtenkanäle in den Nahbereich der Regierungspartei Fidesz gebracht

oder eingestellt worden. Unter anderem verschwand 2016 die größte Tageszeitung „Népszabadság“ praktisch über Nacht. Als die Redakteure am Morgen zur Arbeit kommen wollten, standen sie vor verschlossenen Türen.

Das bislang letzte traurige Kapitel wurde letzte Woche aufgeschlagen und auch gleich beendet. Während sich Orbán nach den EU-Budgetverhandlungen wie ein römischer Kaiser feiern ließ (für seinen Sieg gegen die EU und diejenigen, die glauben, dass ein Staat auch ein Rechtsstaat sein sollte), entließ sein Vertrauter Miklós Vaszily, Eigentümer der Werbeagentur des größten Internetportals Ungarns index.hu, dessen unliebsamen Chefredakteur. Vaszily hatte schon ein anderes Internetportal, Origo, auf Regierungslinie gebracht. Womit er nicht gerechnet hatte: Fast alle Redakteure reichten postwendend ihre Kündigung ein.

Ágnes Urbán, Leiterin des Lehrstuhls für Infokommuni-

nikation an der Corvinus-Universität, sieht in dieser letzten Aktion den symbolischen Wendepunkt in der Pressefreiheit Ungarns und damit endgültig ihr Ende. Das Internetportal wurde zuletzt täglich von bis zu 1,5 Millionen angeklickt und war ein ungarisches Kulturgut. Nach dem Exodus der Redaktion kam es zu einer spontanen Demonstration von mehreren tausend Menschen in Budapest. Sie wurde von den öffentlichen Medien totgeschwiegen.

Othmar Karas (Walth), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hat sich wiederholt für Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit eingesetzt. Es wäre ihm und uns zu wünschen, dass sich alle Mitglieder des Europäischen Parlaments zu den europäischen Werten bekennen und die ungarische Pressefrei-

heit verteidigen würden. Die Rangliste der Pressefreiheit wird von Norwegen und anderen skandinavischen Ländern angeführt. Ungarn stand (vor der index.hu-Affäre) auf Platz 89. Besser liegen etwa Albanien, der Kosovo, die Türkei, Niger, die Mongolei.

Wie Zoltán Varga, Eigentümer des letzten unabhängigen Internetportals 24.hu erklärt, wird auch auf ihn bereits Druck ausgeübt. Die Gedanken sind zwar in Ungarn noch frei, doch wehe wenn sie zu Papier gebracht und veröffentlicht werden! Es gibt in Budapest seit 1991 das „Robert Schuman-Institut“ (RSI) der EVP, das primär die Aufgabe hat, Funktionäre der Mitgliedsparteien Mittelost- und Südosteuropas im Sinn der Grundwerte der Europäischen Union zu schulen und auszubilden. Was tut es diesbezüglich?



**Dipl.-Ing. Dr. Karl A. Schultes (Walth et mult.)**  
ist Unternehmer in Österreich und in Ungarn.



# ERÖFFNUNGSKONZERT SCHLOSSKLÄNGE 20-21

---

BEETHOVEN & PROKOFJEW

---

TONKÜNSTLER-ORCHESTER  
ALEXANDER SITKOVETSKY VIOLINE  
YUTAKA SADO DIRIGENT



SA, 3. OKTOBER 2020

[grafenegg.com](http://grafenegg.com)

# REZENSIONEN

## **BELASTETE GESCHICHTE, GEMEINSAM AUFGEARBEITET** Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

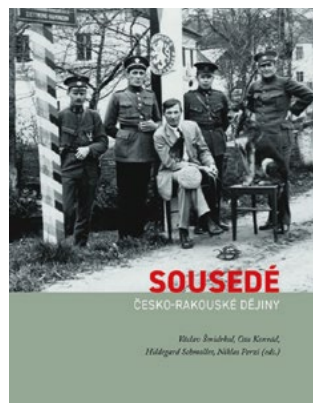
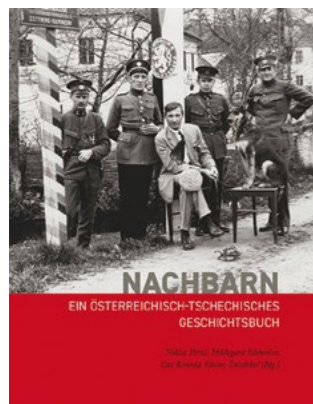
Unter allen Nachbarschaftsbeziehungen Österreichs sind jene zu Tschechien wohl die komplexesten und schwierigsten. Und das, obwohl man 400 Jahre im gleichen Staat lebte. Gerade im 20. Jahrhundert intensivierten sich die Reibungspunkte (Sprachenfrage, Zerfall der Monarchie, NS-Verbrechen, Vertreibung der Sudetendeutschen, kommunistische Abschottung, etc.). So entstand 2002 die Idee, ein gemeinsames österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch herauszubringen, um Verständnis und Annäherung zu fördern. Nach zehn Jahren konkreter Arbeit in einer gemischten Historikerkommission liegt es nun in deutscher und tschechischer Version vor. Die einzelnen Kapitel sind jeweils von Wissenschaften beider Länder gemeinsam verfasst, und es geht weniger um eine Beziehungsgeschichte im engeren Sinn, sondern eher darum, die beiden Gesellschaften in ihren Eigen-dynamiken zu zeichnen und die Wechselwirkungen aufzuzeigen. Zeitlich konzentriert sich der 410 Seiten starke Band auf das 20. Jahrhundert, und räumlich auf die heutigen Gebiete Österreichs und Tschechiens.

Die allerheikelsten Kapitel sind sicher jene über die Ent-

eignung und Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Manche hatten ja vermutet, dass das Projekt an dieser Frage scheitern würde. Doch das Buch geht sehr behutsam vor. Es bewertet kaum selbst, sondern stellt die Ereignisse objektiv – man möchte fast sagen: trocken – dar, auch die damalige wie heutige Sichtweise und die Argumentation beider Seiten werden wiedergegeben. Wenn der Band – unter Mitarbeit tschechischer Historiker! – bei den Beneš-Dekreten von „nicht akzeptablen Prinzipien wie einer kollektiven Schuldvermutung sowie der Beweislastumkehr auf Grund nationaler Kriterien“ spricht, oder davon, dass „die bis heute tradierte Vorstellung einer spontanen, unorganisierten Vertreibung ohne Wissen und Überblick der Zentralregierung“ falsch ist, ja, dass die Prager Regierung die Gewalttaten (3 Millionen Vertriebene, 25.000 Todesopfer) nicht nur nicht eindämmte, sondern dass einzelne Politiker sogar noch zur Radikalisierung beitragen, dann ist das schon sehr bedeutend.

Dem Werk, das zur „Selbstverständlichkeit eines friedlichen Zusammenlebens“ beitragen möchte und in dessen Herausgeberteam mit Niklas Perzi (RGW, Js) auch ein katholischer Couleurstudent vertreten ist, ist eine aufmerksame und unvoreingenom-

mene Rezeption in beiden Ländern zu wünschen.



Perzi (RGW, Js) / Schmoller /  
Konrád / Šmidrkal (Hg.):

**Nachbarn. Ein österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch**

Verlag Bibliothek  
der Provinz Weitra 2019  
ISBN 978-3-99028-817-7  
Bzw. Sousedé. Česko-rakouské dějiny  
NLN-Verlag Prag 2020  
ISBN 978-80-88304-19-7

**WORUM ES BEI DER  
HEILIGENVEREHRUNG  
EIGENTLICH GEHT**  
Domkapitular Josef Kreiml (FIP)

Die Kirchlichkeit der Heiligenverehrung, ihre ökumenische Verbundenheit, ihre Praxisnähe sowie die künst-

lerische Verwirklichung theologischer Aussagen sind die Schwerpunkte des Tagungsbandes, den der Chefredakteur der deutschen Academia, Veit Neumann (Alm, Ae), im Zivilberuf Theologieprofessor, herausgegeben hat. Unter den Beitragenden finden wir auch einige CVer:

Gerhard Kardinal Müller (Tfs) legt Reflexionen zum Thema „Kennzeichen und Kriterium. Heiligkeit und die Heiligen für die Zukunft“ vor: Das Streben der Christen nach Heiligkeit besteht in der Nachfolge Christi und in der Gleichgestaltung mit ihm aufgrund seiner Anteilgabe am Leben des heiligen Gottes. Durch die Liebe, die das Band der Vollkommenheit ist (Kol 3,14), durchdringt Gott in seinen Heiligen die Welt mit seiner Gegenwart. Heiligenverehrung ist ein Aspekt der Gottesverehrung.

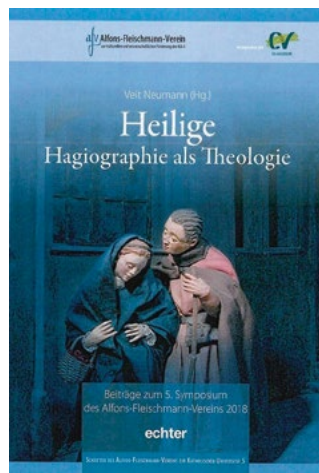
Prälat Ludwig Mödl (Ae) – dessen 80er der Anlass für die Tagung war – betont in seinem Aufsatz „Hagiographie und Vorbild“, dass jeder Heilige durch sein Leben eine neue Geschichte über Gott erzählt. Die Lebensgeschichten der Heiligen sind Gott-Geschichten, die Theologie bedeuten. Ein Heiligenleben bekommt den Charakter eines Modells, an dem wir erkennen können, wie in bestimmten Situationen Menschen einen christlichen Weg gegangen sind bzw.

gehen können. Die Heiligen sind Vorbilder für ein christliches Leben.

In seinem Beitrag „Der heilige Journalist als unechtes Oxymoron“ nimmt Veit Neumann eine Verhältnisbestimmung zweier Gebiete vor, die sonst nicht miteinander in Betracht gezogen werden: die Öffentlichkeit und das Heilige. Vielfach erscheint der Journalismus als öffentlich und kritisch, die Kirche als Institution, die das Ideal der Heiligkeit der Öffentlichkeit vorschlägt. Das Heilige ist selbst hochgradig gesellschaftskritisch, denn es steht dafür, dass in der Gesellschaft nicht alles zur Disposition stehen darf. Absicht des Autors ist es, die katholische Theologie wieder stärker in der Öffentlichkeit der Gesellschaft zu verankern. Wies dies insgesamt möglich sein könnte, arbeitet er am Beispiel des Themas Heiligkeit heraus. Der „heilige Journalist“, so ein erster Befund, stellt keinen Widerspruch in sich dar. Und: Es gibt eine Art „DNA der Theologie“, die sich auch in Gesetzmäßigkeiten journalistischer Produktion finden lassen.

Die vorliegende, von der CV-Akademie unterstützte, Publikation greift auf hohem Niveau ein wichtiges Thema der Theologie auf. Von den Zugangsweisen verschiedener Disziplinen her gelingt es den Autoren, den Ursprung von Glaube und Kirche im heiligen Gott bewusst zu machen. Der Versuch, die Ernsthaftigkeit christlicher

Berufung neu in den Blick zu nehmen, ist dazu geeignet, manche Kirchendebatten auf das Wesentliche hinzulenken.



Veit Neumann (Alm, Ae) (Hg.):  
**Heilige.  
Hagiographie als Theologie**  
Echter-Verlag, Würzburg 2020,  
ISBN 978-3-429-05433-5

**MUT STATT WUT – EIN  
PLÄDOYER FÜR DAS EHRENAMT**  
Christopher Spath (Su)

Im Rahmen des 24. Wiener Kulturkongresses entstand ein Sammelband unterschiedlicher Autoren, die eines verbindet: ihre Begeisterung für das Ehrenamt und die Überzeugung, dass ehrenamtliche Tätigkeiten essentiell für die österreichische Gesellschaft sind.

Die Autoren begeben sich dabei auf eine Spurensuche nach dem Antrieb der Menschen dazu bewegt, ein Ehrenamt zu übernehmen, dabei zu bleiben und das „Feuer weiterzugeben“. Die Demut oder besser gesagt, der Mut zum Dienen, spielt dabei eine zentrale Rolle.

Als Festredner des Kongresses fungierte Landtagspräsident Karl Wilfling (FSM). Seiner Meinung nach ist Österreich in seiner heutigen Form ohne das in der Gesellschaft fest verankerte ehrenamtliche Engagement undenkbar. In seinem Beitrag hob er auch den volkswirtschaftlichen Wert der Freiwilligen Arbeit von rund 10,7 Milliarden Euro jährlich hervor und geht auf die Motive für ehrenamtliches Engagement ein (Spaß, anderen helfen, seine Fähigkeiten einsetzen, etwas zur Gemeinschaft beitragen).

Neben ihm kommen zahlreiche andere Autoren zu Wort, deren beruflicher und ehrenamtlicher Background unterschiedlicher nicht sein könnte. Darunter sind unter anderem Historiker Michael Dippelreiter, dessen Beitrag von der geschichtlichen Entwicklung über die Rechtsgrundlagen bis hin zur Diskussion traditionelles vs. neues Ehrenamt reicht. Aber auch Menschen aus der Praxis, die sich bei Einsatzorganisationen, Sozialen Organisationen und in der Jugendarbeit engagieren, kommen zu Wort. Gerade diese Vielfalt an Autoren und Organisationen ist es, die die Lektüre dieses Kongressbandes so wertvoll macht.

Auch wenn die Einleitung der Herausgeber es vermuten lässt, dies ist kein theoretisch-philosophisches Werk, sondern Beispielgeber, Inspiration und Mut-Macher. Ein Buch, das gerade in

diesen, auch für das Ehrenamt schwierigen Zeiten zum Nachdenken anregt und Beispiel gibt, wie auch im Couleurstudententum neue Wege beschritten werden können.



Maria Dippelreiter /  
Michael Dippelreiter (Hg.):  
**Mut statt Wut**  
Wieser Verlag  
ISBN 978-3-99029-389-8

**VÖLKERRECHTSPRECHUNG  
KOMPAKT**  
Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

Im Völkerrecht gibt es, anders als im innerstaatlichen Recht, keinen zentralen Gesetzgeber. Damit kommt den Entscheidungen internationaler Gerichte eine ganz wesentliche Rolle bei der (Weiter-)Entwicklung dieses Rechtsgebiets zu. Die wichtigsten Fälle zählen auch zum „must-know“ für Jusstudenten und ebenso für Praktiker des internationalen Rechts.

Markus Beham (AW, Oe-D) hat bereits 2015, damals noch Assistent an der Wiener Uni, das Lehrbuch „Völkerrecht verstehen“ vorgelegt (siehe ACADEMIA 1/2016), das 2019 in die zweite Auflage ging.



Nun ergänzt Beham, der sich inzwischen an der Uni Passau habilitiert, sein Erstlingswerk mit der dazupassenden Sammlung von Fällen aus der Zeit von 1837 bis 2019. Wiederum stehen die Prüfungsvorbereitung und die didaktische Aufbereitung im Vordergrund. Die Fälle sind sowohl thematisch als auch nach Gerichten/Entscheidungsinstanzen gegliedert. Jeweils wird kurz erklärt, was der Sachverhalt war, welche Rechtsfrage sich ergab, und wie entschieden wurde.

Einige Fälle, zumindest deren politische Aspekte, kennt man ja aus den Medien: Von den US-Geiseln des iranischen Khomeini-Regimes über die paramilitärische Kriegsführung der USA in

Nicaragua bis zum Abschuss eines Jumbo-Jets durch die libysche Gaddafi-Regierung über Lockerbie (alles aus den 80er Jahren), vom Völkermord im Bosnienkrieg in den 90ern über die Kosovo-Unabhängigkeit 2008 bis hin zu den Foltervorwürfen an den chilenischen Ex-Präsidenten Pinochet. Doch nicht nur diese weltpolitischen Ereignisse hatten ein Nachspiel vor internationalen Tribunalen, sondern auch so manche Kuriosität. So etwa der Versuch des Irans, einen beim Drogenschmuggel erwischten Professor nachträglich zum Botschafter zu erklären, um ihm diplomatische Immunität vor der Strafverfolgung zu verschaffen. Oder das (bekanntlich gescheiterte) Begehren der USA, als Schadenersatz

für den britischen Neutralitätsbruch im Sezessionskrieg das ganze, damals noch der englischen Krone gehörende Kanada zugesprochen zu erhalten. Oder die Entscheidung, warum Japan dem russischen Wodka nicht so hohe Steuern auferlegen darf wie dem englischen Gin oder dem schottischen Whisky.

Auch mehrere österreichische Fälle sind zu finden, nämlich solche der Entschädigung für von der Tschechoslowakei enteigneten Firmenbesitz, oder der Immunität internationaler Organisationen in Wien. Oder eine Verurteilung Österreichs durch den Straßburger Menschenrechtsgeschichtshof, weil ein einfacher Antrag auf Ausscheiden eines Almgrundstücks aus

einer Agrargenossenschaft 20 (!) Jahre für seine Erledigung gebraucht hat.



Markus Beham (AW, Oe-D) /  
Melanie Fink:  
**Völkerrechtsprechung  
kompakt**  
Facultas-Verlag Wien 2020  
ISBN 978-3-7089-1922-5

## LESERBRIEFE

### ACADEMIA 2/2020: „ENDE UND ANFANG EINER ÄRA“

Die heurigen Staatsjubiläen, Corona-bedingt eingeschränkt begangen, sind vorbei, in der personellen Rückschau ergibt sich immer das Gleiche: Kreisky, Kreisky, Kreisky – der größte, wichtigste, bedeutendste Staatsmann der Zweiten Republik. Dass vor ihm bereits ein gewisser Cbr. Josef Klaus (Rd) ein großer innerer Reformier, ebenso ein großer Europa-Politiker war, fällt unter den Tisch. Seine Reformen, von der ORF-Erneuerung über die Reform der Universitäten und des Stipendienwesens,

des Wohn- und Straßenbaus, der Familienförderung über die Wirtschaftswachstumsgesetze bis zum Südtirol-Paket, der EWG-Annäherung und den ersten Schritten zum Bau der Wiener UNO-City u.v.m. waren nachhaltig. Erstmals bezog Klaus die Wissenschaft in seine Politik ein. Seine Finanzpolitik bescherte den Nachfolgern ein sattes Füllhorn der nun folgenden großzügigen Geschenkeverteilung. Leider, auch das muss gesagt werden, haben es die Klaus-Nachfolger und seine heute noch lebenden engen Mitarbeiter versäumt, bei den entsprechenden Anläs-

sen den großen, nicht immer einfachen, jedenfalls unterschätzten Reformier Klaus zu würdigen. Seine Partei hat ihn weitgehend vergessen.

**Hofrat Dr. Franz Oswald (FIP)**  
1230 Wien

### ACADEMIA 4/2020: „CORONA DIGITALISIERT DIE WELT“

Herzlichen Glückwunsch zur letzten Nummer, wirklich gut gelungen!

**Prof. Dr. Peter Diem (Rd)**  
1140 Wien

### ACADEMIA 4/2020: „WHATEVER IT TAKES (II)“

Ein Hilfspaket zur Bewältigung einer Naturkatastrophe – und das ist die COVID-Pandemie – als EU-rechtswidrig zu bezeichnen, widerspricht dem klaren Wortlaut von Artikel 122 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): „Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich

bedroht, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Union zu gewähren. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über den Beschluss“. Die Kritik an Deutschland und Frankreich geht ins Leere: bekanntlich bedürfen die Beschlüsse, die jetzt zu fassen sind, ohnedies der Einstimmigkeit. Die Idee, nur mit Krediten helfen zu wollen, mag als taktische Ausgangsposition für die Verhandlungen in der EU durchgehen, die definitive Antwort auf unsere Probleme ist sie nicht. Ohne Transfers in die am meisten getroffenen und bereits schwer verschuldeten Mitgliedsstaaten gibt es keinen gemeinsamen Aufschwung aus der Krise und keine Zukunft für Europa. Jetzt sind Sachlichkeit, Menschlichkeit und Mut zum konstruktiven Kompromiss gefragt.

**Mag. Thomas Brandtner (Baj)**  
**B-1000 Brüssel, Generalsekretariat des Rates der EU**

**ACADEMIA 4/2020:  
 „75 JAHRE ‚DER WEG ZUR KNECHTSCHAFT‘“**

Herzlichen Dank für den Artikel zu Hayek, Schumpeter und Co. So prägnant und griffig kann man österreichische Wirtschaftsgeschichte darstellen. Es ist für unsere Cartellbrüder absolut lehrreich zu lesen, dass die Basics der sozialen Marktwirtschaft trotz Corona nicht außer Kraft gesetzt sind. So notwendig gewisse Maßnahmen auch kurzfristig sein mögen, irgendwann und irgendwann wird die ausgegebenen Gelder wieder erarbeiten und bezahlen müssen. Den Goldesel gibt es genauso wenig wie den Yeti. Nochmals Gratulation zu dieser Analyse.

**Dr. Manfred Asamer (Se)**  
**4694 Ohlsdorf**

**ACADEMIA 4/2020:  
 „IST DIE MEINUNGSFREIHEIT IN GEFAHR?“**

In der letzten Zeit häufen sich Leserbriefe und Meinungsäußerungen wie jene von Cbr. Norbert Richard Wolf (Alln, Rp), die der ACADEMIA „Lin-

kenhatz“ vorwerfen. Von einer Hetzjagd kann keine Rede sein, aber dass eine „brutale Meinungsdictatur“ den öffentlichen Diskurs beherrscht, wird immerhin auch von Konrad Paul Liessmann behauptet. In der Neuen Vorarlberger Tageszeitung schreibt er über Erdogans Übernahme der Hagia Sophia und die Entfernung der Kolumbus-Statue in Chicago, dass beide Vorgänge „erbärmlich“ sind und bei aller Unterschiedlichkeit den Zeitgeist wiedergeben, der nicht nur – manchmal rechts oder religiös – fundamentalistisch ist, sondern auch von den „Proponenten der linken Identitätsdiskurse“ bestimmt wird.

**Dipl.-Ing. Wilhelm Klagian (Trn)**  
**6850 Dornbirn**

**ACADEMIA 4/2020:  
 „PRO UND CONTRA“**

Dass eine Jugendliche zur Ikone und zum Vorbild wird, die via TV mit gruseligem Gesicht die Menschheit beschimpft, macht mir Angst – welche hehren Ziele sie auch immer verfolgt. Die Schülerdemos, welche ich in Wien gesehen habe, haben mich unwillkürlich an den Ratten-

fänger von Hameln erinnert. Wie und von wem dieser Karneval finanziert wird sowie das „Cui bono?“ sind noch nicht genügend herausgearbeitet (abgesehen vom letzten Wahlerfolg der Grünen, der ohne FFF samt medialer Begleitung durch ORF wohl nicht so ausgefallen wäre). Aber das liegt vermutlich auch nicht im Interesse der Mainstreammedien.

Dass diese Bewegung eine weltumspannende ist, ziehe ich nicht in Zweifel. Allerdings ist es halt in Europa einfach und bequem, große Umzüge zu veranstalten. Dort, wo der Schuh wirklich drückt, etwa in China, dürfte dieses Treiben weithin unbekannt sein. Bekannt ist dort höchstens die europäische Naivität. Ja, Europa ist nicht mehr der „global player“ bei Emissionen. Aber nur, weil Produktionen und damit auch Umweltprobleme weithin in Billiglohnländer ausgelagert wurden. Dort vermisse ich allerdings FFF-Greta. Es ist eine positive Begleiterscheinung von COVID 19, dass uns eine Pause von diesem blinden Aktionismus gegönnt wird.

**Mag. Alfred Bratranek (F-B)**  
**2000 Stockerau**



**Andreas Unterberger**  
 Das ganz unkorrekte Tagebuch zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
 Österreichs meistgelesener Internet-Blog:  
[www.andreas-unterberger.at](http://www.andreas-unterberger.at)

**BILDQUELLENVERZEICHNIS:**

S.13: Furfur (abgeleitete Version) / „Sprachenkarte Suedtirol 2011“ / [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Sprachenkarte\\_Suedtirol\\_2011.svg](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Sprachenkarte_Suedtirol_2011.svg) / CC BY-SA 3.0

S. 16: Flavio Faganello, Bestand Faganello, Amt für Film und Medien, Autonome Provinz Bozen – Südtirol

S. 21: Langec / „Deutschsprachige Grundschule in St. Johann/Ahrntal, Südtirol, Italien“ / [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grundschule\\_Suedtirol.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grundschule_Suedtirol.jpg) / CC BY-SA 3.0

S. 24 (Autorenbild): Archiv Gregor Gatscher-Riedl / „Porträtfotografie von Dr. Gregor Gatscher-Riedl“ / [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gatscher-Riedl\\_\(DSF2552.A\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gatscher-Riedl_(DSF2552.A).jpg) / CC BY-SA 3.0 DE

Denk  
Gesundheit  
ist UNSER  
höchstes GUT.

Denk

